Dienstag, den 16. Juni 1931 — Einzelnummer 10 Pfennige — 42. Jahrgang – Nr. 137

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer",

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthias-straße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Das Ringen mit Brüning um die Notverordnung

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ohne befriedigendes Ergebnis

Auch die Gewerkschaften beim Reichskanzler, auch sie unzufrieden

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichskanzler führte den ganzen Montag über in Gegenwart mehrerer **Kabinettsmitglieder Besprechungen zur Klärung der politischen Lage. Es wurde jedoch weder eine Entscheidung noch Klärung der Situation erzielt. Die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie verliefen völlig negativ.**

Im Verlauf der Besprechungen mit der Sozialdemokratie, denen auch der Preußische Ministerpräsident, der Reichstagspräsident, der Preußische Minister des Innern und der Reichsbankpräsident teilnahmen, **erklärte der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabinett, daß im Augenblick an der Notverordnung unmöglich Aenderungen vorgenommen werden könnten und die Reichsregierung gegen die Einberufung des Reichstages und des Hauptausschusses sei.** Die Regierung sei jedoch zu Verhandlungen mit dem Ziel der Abänderung der Notverordnung bereit, deren Verabschiedung auf gesetzlichem Wege aber nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages im Oktober erfolgen dürfe. Wesentliche Teile der Notverordnung müssten nicht angetastet werden. Im Anschluß an die Erklärungen des Reichskanzlers gab Reichsbankpräsident Dr. Luther einen längeren Bericht über die Devisenlage der Reichsbank.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erwiderten auf die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsbankpräsidenten, **daß die Ablehnung jeder sofortigen Aenderung der Notverordnung eine wesentlich größere Beunruhigung schaffen könne, als sie die Einberufung des Reichstages oder des Hauptausschusses zur Folge haben würde.** Insofern erreiche die Regierung mit ihrer Haltung das Gegenteil von dem, was sie erstrebe: eine Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Lage.

Der Reichskanzler betonte zum Schluß der anderthalbstündigen Besprechung, daß er einen Beschluß auf Einberufung des Reichstages oder des Hauptausschusses sofort mit der Gesamtdemission des Kabinetts beantworten würde.

Im Anschluß an die Besprechungen beim Reichskanzler trat der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der nachmittags bereits mehrere Stunden getagt hatte, sofort wieder zusammen.

* * *

In den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den unter der Regierung stehenden Parteien nahmen außer dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten auch der Preußische Ministerpräsident, der Reichstagspräsident und der Preußische Innenminister das Wort. Das Zentrum und der Christliche Volksdienst sprachen sich gegen die Einberufung des Reichstags aus, während die Vertreter der Wirtschaftspartei und Herr Dingeldey von der Volkspartei die Erklärungen der Regierung ohne Gegenäußerung zur Kenntnis nahmen. Die Fraktionen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei treten am Dienstag wieder zusammen. Die Montagsitzung der volksparteilichen Fraktion wurde nach kurzer Dauer ohne Ergebnis vertagt.

Am Montag abend gegen 19 Uhr 30 empfing der Reichskanzler noch die Deutschnationalen und dann die Nationalsozialisten zur Information über die politische und wirtschaftliche Lage. Die Kommunisten wurden nicht gehört.

Am Nachmittag hielten die Deutschnationalen eine kombinierte Sitzung ihrer Reichs- und Preußischen Landtagsfraktion unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Landesverbände. Es wurde eine lange Entschließung angenommen, in der für die Einberufung des Reichstags, der Rücktritt der Reichsregierung und die Ausschaltung des „Einflusses des Marxismus im Reich und in Preußen" gefordert wird.

Berlin, 15. Juni. (Eigener Bericht.)

Der Reichskanzler empfing am Montag mittag die Führer der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Aussprache über den Inhalt der Notverordnung. Die Vertreter der freien Gewerkschaften erklärten am Schluß der Besprechungen, daß sie auf eine sofortige Aenderung der wichtigsten Bestimmungen der Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung und die Krisensteuer bestehen müßten.

Im Verlauf der Sitzung hob der Vorsitzende des ADGB., Leipart, die Punkte der Notverordnung hervor, die für die Gewerkschaften unerträglich sind. Er wies ferner darauf hin, daß, wenn die für die Reparations- und Finanzverhandlungen notwendige Ruhe und Ordnung im Lande gewährleistet werden sollte, noch vor dem 1. Juli die schlimmsten Bestimmungen der Notverordnung, insbesondere der Abbau der Unterstützungssätze, die Regelung für Saisonarbeiter und der Ausschluß der Jugendlichen geändert werden müßten. — Die Vertreter der Angestellten-Organisationen wiesen auf die besondere Belastung hin, die den Angestellten durch einzelne Bestimmungen der Notverordnung erwachsen. Die Vertreter aller Gewerkschaften protestierten ferner nachdrücklichst gegen die kleinen Schikanen in der Notverordnung, **die mit der Regelung der Finanzverhältnisse nicht das Geringste zu tun haben.** Es wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß es die Regierung in der Hand habe, ohne daß der Finanzplan in seinen Grundlagen angetastet wird, die Jugendlichen wieder in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen und die Unterstützungssätze auf alter Höhe zu belassen. Von allen Seiten wurde außerdem **der neue Einbruch in das Tarifrecht als unerträglich zurückgewiesen.** Die Gewerkschaften erklärten, nicht in der Lage zu sein, die sozialungerechte Staffelung der Krisensteuer ihren Mitgliedern gegenüber zu vertreten. Sie gaben nochmals ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, Opfer zu bringen, aber wiesen auch mit Nachdruck darauf hin, daß **der Weg der Notverordnung nur zu einer Verschlechterung der Finanzlage, zu inneren Unruhen und zur Gefährdung der Reparationsverhandlungen führen müsse.**

500 Todesopfer bei St. Nazaire

Ein Trauertag für Frankreichs Arbeiterklasse

(Ausführlicher Bericht unter: Aus aller Welt)

Der Reichskanzler, der Reichsarbeits- und der Reichsfinanzminister erklärten in mehrstündigen Darlegungen, daß es unmöglich sei, im gegenwärtigen Augenblick irgend etwas an der Notverordnung zu ändern. Trotz aller unsozialen Maßnahmen müsse der Weg der Notverordnung gegangen werden, um über die nächsten Wochen hinwegzukommen, das Vertrauen der Kreditgeber der deutschen Wirtschaft wiederherzustellen und die Kassenschwierigkeiten des Reiches zu überwinden. **Jede Diskussion über eine Abänderung der Notverordnung, die nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Unternehmern gefordert würde, müsse auf den Zeitpunkt vertagt werden, in dem die Reparationsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt hätten.**

Trotz dieser Darlegungen der Minister glaubten die Vertreter der freien Gewerkschaften von ihrem Protest gegen die Notverordnung nichts zurücknehmen zu können. Gerade um des Staates willen, um zu einer Beruhigung der Wirtschaft und Entspannung der politischen Lage zu kommen, müßten die Gewerkschaften nach wie vor darauf bestehen, daß die Notverordnung in den wichtigsten Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und Krisensteuer sofort geändert werde.

Berlin, 16. Juni (Eigener Funkbericht)

Im Verlauf des heutigen Tages wird die Entscheidung darüber fallen, ob der Reichstag zusammentritt oder nicht. Um 9 Uhr vormittags tritt die Sozialdemokratische Fraktion zusammen, um 1 Uhr mittags der Aeltestenrat.

Die Regierung ist gegen die Einberufung des Reichstages. Sie hat sich bisher ebenso entschieden gegen den Zusammentritt des Hauptausschusses gewehrt. Sie hat aber zugleich jede Aenderung der Notverordnung im Augenblick abgelehnt.

Die Sozialdemokratie hat seit Veröffentlichung der Notverordnung mehrere Bestimmungen dieses unglücklichen Produktes immer und immer wieder für unerträglich bezeichnet. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. **Der Standpunkt der Regierung steht also der Auffassung der Sozialdemokratie schroff gegenüber.** Ihre Bemühungen um eine Verständigung, die am Montagabend nach den negativen Ausgang der offiziellen Besprechungen nochmals einsetzten und in der späten Nacht beendet wurden, führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. Vielleicht bemüht sich der Reichskanzler am Dienstag vormittag noch einmal um eine Verständigung. Tut er das nicht, dann sind die Schlußfolgerungen der Sozialdemokratie aus der augenblicklichen Situation gegeben.

Das Ziel der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist und bleibt, die schlimmsten Mißgriffe der Notverordnung auszumerzen oder zu mildern. Da die Reichsregierung in dieser Beziehung bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt hat und der Sozialdemokratie auch in der Nacht zum Dienstag lediglich Lapalien anbot, **bleibt nur der Versuch, die notwendigen Aenderungen auf dem parlamentarischen Wege durchzusetzen.** Die Frage ist zunächst nur, ob im Plenum des Reichstages oder im Haushaltsausschuß.

Im Reichstag ist wohl eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung vorhanden aber keine, die mit einiger Aussicht auf Erfolg an ihre Stelle etwas in ihren finanziellen Erträgen mindestens gleichwertiges zu setzen vermag. Das Ziel der Rechtsradikalen und Linksradikalen, der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und Kommunisten ist die Aufhebung der Verordnung. Was an ihre Stelle tritt und wie das ungeheure Defizit des Reichshaushalts gedeckt werden kann, stört sie in ihrer Unverantwortlichkeit nicht. Dieses Treiben, die Notverordnung aufzuheben, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie die schwierige finanzielle Situation des Reiches gemeistert werden kann, **lehnt die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ab.** Sie will die Notverordnung ändern, aber sie ist sich dabei bewußt, daß die Möglichkeit dazu nur gegeben ist, wenn man für die durch die Aenderungen fortfallenden Einnahmen den notwendigen Ersatz schafft. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch ein vorübergehendes Paktieren mit der rechts- und linksradikalen Opposition gegen die Notverordnung nur unter den äußersten Umständen möglich, d. h. nur wenn alle Stricke reißen und die Regierungsparteien ebenfalls nicht einsehen, daß sich Brüning und sein Kabinett auf falschem Wege befinden. **Wir glauben deshalb, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion,** zunächst zur Erörterung der ganzen Materie, die in der Notverordnung zusammengefaßt ist, **für die Einberufung des Haushaltsausschusses aussprechen wird.** Dort kann im Gegensatz zu den Beratungen im Reichstagsplenum immer noch eine gewisse Sachlichkeit erzielt und eine Annäherung der Fraktionen ermöglicht werden.

Die Regierung hat sich auch gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses erklärt und für den Fall, daß er dennoch zusammentritt, mit ihrer Demission gedroht. Wird sie dabei bleiben? Auch das wird sich im Laufe des heutigen Tages entscheiden. Der **Reichskanzler ist über die Situation und insbesondere über die Absichten innerhalb der Sozialdemokratie informiert.** Er hat deshalb für heute vormittag 10½ Uhr nochmals den Vorstand der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei zu sich gebeten, um mit seinen politischen Freunden die Situation zu erörtern und insbesondere sich darüber **schlüssig zu werden, welche Haltung das Kabinett nach der Einberufung des Haushaltsausschusses einnehmen soll.** Das Zentrum wird heute im Aeltestenrat gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses stimmen. Wird die Einberufung des Hauptausschusses dennoch beschlossen, und das ist wahrscheinlich, dann dürfte der Vorstand der Zentrumsfraktion dem Reichskanzler nach unseren Informationen empfehlen, aus diesem Beschluß mit Rücksicht auf die Auswirkungen, insbesondere wirtschaftlicher Art, keine Konsequenzen zu ziehen. Eine andere Frage ist, was der Reichskanzler schließlich macht und wie sich das Kabinett entscheidet. Darüber werden sie um 2 Uhr nachmittags nach der Sitzung des Aeltestenrates beraten.

Berlin, 16. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, wurde am Montag, kurz vor Mitternacht nochmals zu einer Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. In Gegenwart des Führers der Volkspartei, Dr. Dingeldey, unterbreitete man Breitscheid hinsichtlich der Arbeitslosenjugendlichen, die nach der Notverordnung in Zukunft nicht mehr unter die Arbeitslosenversicherung fallen, einen Kompromiß-Vorschlag, nach dem diesen Jugendlichen eine Art Beihilfe in der ungefähren Höhe der Arbeitslosensätze gewährt werden soll. Die Absicht der Regierung und insbesondere des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther war, den Führer der Volkspartei und den Abgeordneten Breitscheid zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen und ihre Zustimmung zu der Veröffentlichung eines entsprechenden Kommuniques zu geben. **Breitscheid und Dingeldey haben das abgelehnt.**

Das Reichskabinett tritt heute vormittag um 9 Uhr zu einer Aussprache über die politisch-parlamentarische Lage und die sich aus ihr ergebenden eventuellen Konsequenzen zusammen. Von zuständiger Seite wird dem Soz. Pressedienst erklärt, **daß die Regierung für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages** „unter allen Umständen" **demissionieren werde.** Eine andere Entscheidung gäbe es für die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick nicht.

Auch Oesterreich erhöht erneut den Diskont

Wien, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die österreichische Nationalbank, die erst vor einer Woche den Bankzinsfuß auf 6 Prozent erhöhte, hat eine neue Erhöhung um 1½ Prozent auf 7½ Prozent vorgenommen. Auch die ungarische Notenbank erhöhte den Zinsfuß von 5½ auf 7 Prozent.

Die Katze aus dem Sack

Volkspartei will das Schlichtungswesen aufheben

Die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei hat am Montag die Katze aus dem Sack gelassen, indem sie zu erkennen gab, daß sie **bereit sei, auf die Heranziehung der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung,** wie sie die Notverordnung vorsieht, **zu verzichten, wenn ihr als Gegenleistung die Beseitigung des Schlichtungswesens zugestanden würde.** Der volksparteiliche Vorstoß zeigt deutlich, wie die Sozialreaktion die gegenwärtige furchtbare Wirtschaftslage mißbrauchen möchte, um ihre volksfeindlichen Absichten zu fördern. Es ist wohl selten ein schimpflicherer Handel mit plumperen Mitteln eingeleitet worden, als ihn die Volkspartei am Montag versuchte.

Eine Friedensrede Briands

Vor den Frontkämpfern Frankreichs — Die Frontkämpfer huldigen ihm begeistert

Neuer Vorstoß der Nationalisten gegen Briand

Paris, 14. Juni.

Das kleine Städtchen Gourdon im Departement Lot konnte die vielen Teilnehmer, die zur Tagung des Verbandes ehemaliger, keine Pension beziehender Frontkämpfer erschienen waren, darunter zahlreiche Senatoren und Abgeordnete, kaum fassen, und zu dem unter dem Vorsitz des französischen Außenministers gegebenen Schlußbankett, das mehr als 4000 Gedecke zählte, fand nur ein geringer Bruchteil der gewaltigen Menge Zulaß. Briand, der in Begleitung von Senator de Jouvenel und Abg. de Monzie eingetroffen war, wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof ein triumphaler Empfang bereitet. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die angekündigte politische Rede, die der Außenminister hielt. Vor ihm feierten verschiedene Redner den Friedens- und Verständigungsgedanken und Briand als Verkörperung dieses Gedankens.

Als Briand sich kurz nach 3 Uhr zu seiner Rede erhob, die in ganz Frankreich durch Rundfunk verbreitet wurde, wurde er von zahlreichen Banquett-Teilnehmern mit jubilatorischem Beifall begrüßt. Briand begann mit der Erklärung, daß eigentlich die Frontkämpferveranstaltung von Gourdon eine bessere Propaganda für den Frieden sei, als alle Reden, die er halten könnte. Sie wäre auch für andere ehemalige Frontkämpfer der Beweis, daß es Menschen gebe, die gleichfalls gekämpft, aber an den Krieg nur die Erinnerung behalten hätten, daß er verflucht, verabscheut und in Zukunft unmöglich gemacht werden müsse.

Was wolle Frankreich zur gegenwärtigen Stunde? Es wolle Mittel juristischer Lösung in die Regierungsberatungen bringen, die Gewalt, die Macht, die Brutalität durch das Ausgleichs- und Schiedsgerichtsverfahren ersetzen. Er wolle nicht glauben, daß es Konflikte gebe, die verhängnisvollerweise nur durch den Krieg gelöst werden könnten. Frankreich habe sich Ruhm dadurch erworben, daß es die Vorhut aller Bemühungen um die Friedensorganisation bilde. Das Wort „Friede" müsse immer und immer wiederholt werden, damit es mit seiner mystischen Kraft in alle Gehirne eindringe. Er habe versucht, den Frieden zu organisieren, und er hoffe, daß demnächst die letzten Mißverständnisse, die hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich bestünden, fallen würden. Das werde nicht leicht sein und vielleicht lange dauern, sei aber kein Grund, sich entmutigen zu lassen.

Zwischen Frankreich und Deutschland sei zunächst eine Grenzangelegenheit geregelt worden. Man werfe ihm vor, den Versailler Vertrag saboliert zu haben. Er fordere seine Gegner auf, ihm einen einzigen Fall zu nennen. Er habe im Gegenteil die Lücken des Versailler Vertrages ausgefüllt.

Sei es nicht etwas Gewaltiges, daß ein Land, das sich unaufhörlich über einen Vertrag beklagt habe, den es infolge Frankreichs Sieg auf sich nehmen mußte, eingewilligt habe, mit Frankreich über die französische Ostgrenze zu verhandeln, und daß es freiwillig auf Elsaß und Lothringen verzichtete? Er glaube, die Lage Frankreichs, so wie sie sich nach dem Kriege darstellte, wesentlich verbessert zu haben.

Andere Schwierigkeiten seien unter den im Vertrage vorgesehenen Bedingungen verhandelt worden. Niemals habe er eine Konzession gemacht, die ein Attentat auf den Versailler Vertrag darstelle, und was die Sicherheit anlange, die er niemals unberücksichtigt gelassen habe, so müsse er fragen, ob die Politik der Organisation des Friedens der Organisation der nationalen Verteidigung schädlich gewesen sei.

Zweifellos würden auf dem Friedenswege viele Hindernisse auftauchen. Er sage nicht, daß sie von denen gesät würden, die einen Kriegsgedanken verfolgten. Aber es gäbe Männer, die die Verteidigung des Friedens in seltsam gefährlicher Weise interpretierten durch Methoden und Mittel der Vergangenheit. Diese aber hätten die Völker zum Kriege geführt, den man jetzt verhindern müsse.

Briand ging dann zum Kellogg-Pakt über und erklärte, es sei nicht angängig, daß die zivilisierten Völker, die diesen Pakt unterzeichnet hätten, den Krieg unter dem Einfluß irgendeines Angriffes wieder aufleben lassen könnten. Wenn man aber bei der Organisierung des Friedens nur an Deutschland und Frankreich denke, sehe man schlecht und nicht weit genug. Die Organisation des Friedens müsse ganz Europa umfassen. Deutschland und Frankreich seien zwei Elemente davon, aber es gebe noch andere. Er hoffe, daß andere Nationen demnächst in diese Organisation eintreten würden. Er habe die gewagte, ihm so oft vorgeworfene Initiative ergriffen, die europäischen Nationen aufzufordern, sich zusammenzuschließen und die notwendigen Bande der Solidarität zu knüpfen. Seitdem habe man erlebt, daß Europa sich endlich darüber klar sei, daß es unmöglich so gestaltet und so egoistisch bleiben könne, wenn es seine Zivilisation retten wolle. Die europäische Union sei etwas Machtvolles geworden. Man habe bereits wichtige Lösungen in dieser Aufgabe verwirklicht. Er verspreche, solange er tätig sei und solange er atme, auf diesem Wege fortzufahren. Er werde beleidigt, lächerlich gemacht und verleumdet werden. Das sei ihm gleichgültig. Er habe Vertrauen zum gesunden Sinn des Volkes und er rechne namentlich auch auf die Frauen. Solange sie der Friedenssache treu blieben, solange sie ihre Kinder, ihre Brüder und ihre Gatten gegen den Krieg verteidigten, werde die Friedenssache in guten Händen sein. Briand schloß mit den Worten: Ich werde Gourdon mit neuer Kraft verlassen. Ihr habt aus mir einen von den Soldaten des Friedens gemacht, der bereit ist, bis zum Ende zu kämpfen.

Briands Rede wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Franklin Bouillons Angriffs-Vorbereitungen

Paris, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Friedensrede Briands in Gourdon hat die Rechte von neuem auf den Plan gerufen. Die Rechtspresse polemisiert scharf gegen Briand und bezeichnet ihn beispielsweise als einen Mann, der hartnäckig und blindlings für den Frieden kämpft.

Unterdessen rüstet Franklin Bouillon zu einem neuen Angriff gegen den Außenminister in der Kammer. Er will die Regierung am Dienstag nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten Doumer an das Parlament über die „Notwendigkeit interpellieren, der sich aus der Zusammensetzung des Kabinetts ergebenden Zweideutigkeit ein Ende zu machen." Franklin Bouillon hofft, von einem Teil der Fraktionen Marin und Maginot bei der Abstimmung unterstützt zu werden. Falls er jedoch wieder geschlagen werden sollte, beabsichtigt er, die Regierung einige Tage später von neuem zu interpellieren und sich von neuem lächerlich zu machen.

Die deutsche Antwort auf die polnische Protestnote

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist dem deutschen Gesandten in Warschau am Sonnabend die Antwortnote der deutschen Regierung auf die polnische Protestnote wegen der Stahlhelmkundgebung in Breslau zugegangen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Stahlhelm um eine private Organisation handelt, die keine militärischen Zwecke verfolge und deren Veranstaltung in Breslau keinen amtlichen Charakter hatte. Aus diesem Grunde könne die deutsche Regierung auch nicht anerkennen, daß eine fremde Regierung berechtigt sei, Einfluß auf die Haltung deutscher Behörden gegenüber privaten deutschen Organisationen zu nehmen. Weiter wird in der Antwortnote auf die Veranstaltungen der polnischen Aufständischenverbände hingewiesen und insbesondere auf die Kundgebung vom 3. Juni deren Charakter keineswegs friedlich zu nennen sei.

* * *

A. Kr. Gegen diese Antwortnote der deutschen Regierung muß aufs schärfste Protest eingelegt werden. Sie verkennt vollständig die außenpolitischen Notwendigkeiten und ist geeignet, Deutschlands Ansehen in der Welt aufs schwerste zu schädigen. Besonders der Ton der Note ist völlig verfehlt. Es kommt garnicht in erster Linie darauf an, daß der Stahlhelm eine private Organisation ist, sondern es kommt darauf an, wie die Regierung zu seiner Hetzkampagne gegen Polen steht. Auch wenn die Regierung keinerlei juristische Handhaben hätte, gegen den Stahlhelm und seine Völkerverhetzung einzuschreiten — sie hat aber sehr wohl solche Handhaben — wäre es wenigstens die Pflicht der Regierung, wenn es ihr um ein gutes Verhältnis zu Polen und um die Anerkennung von Deutschlands und ihres eigenen Friedenswillens durch das Ausland zu tun wäre gewesen, von den Hetzereien des Stahlhelmtages abzurücken und ihr Bedauern über sie auszusprechen. Wir stehen vor sehr schwierigen außenpolitischen Verhandlungen, in denen es darum geht, daß die Welt draußen Verständnis für Deutschlands Not bekommt. Wir wollen von unseren früheren Gegnern weittragende politische Zugeständnisse erreichen. Gerade in diesem Augenblick provoziert die Reichsregierung die polnische ohne jeden Grund und stößt damit auch Frankreich vor den Kopf, das Frankreich, von dem man weitgehende Zugeständnisse in der Reparationsfrage zu erlangen suchen will. Es ist Polens gutes Recht zu protestieren, wenn eine solche Tagung, wie sie der Stahlhelmtag war, unmittelbar vor ihrer Grenze gegen es hetzt. Ein solcher Protest greift in die Prärogative der deutschen Regierung keineswegs ein. Deutschland hat in ähnlichen Fällen schon oft bei fremden Regierungen Protest eingelegt. Es besteht also nicht der geringste Grund für das unfreundliche Zurückschlagen der Reichsregierung. Wenn die Reichsregierung ihrerseits von dem Stahlhelm abgerückt wäre, dann hätte sie auch zugleich Gegenvorstellungen wegen der polnischen Aufständischenverbände und deren Hetze machen können. So aber werden sie nicht nur in Polen, sondern auch im übrigen Ausland gar keinen Eindruck machen. Die Haltung des Herrn Curtius ist deshalb außenpolitischer Unsinn, wie er im Buch Curtius ist deshalb außenpolitischer Unsinn, wie er im Buch. Herr Curtius erweist sich immer mehr als unfähig in schweren Zeiten die deutsche Außenpolitik zu leiten. Es ist dringend notwendig, erneut vor aller Oeffentlichkeit zu erklären, daß die Bevölkerung Deutschlands, insbesondere Schlesiens, sich Abscheu von der Hetze des Stahlhelms gegen Polen abwendet und Wert darauf legt, mit seinem polnischen Nachbar in Frieden zu leben.

Endlich reicht der Stahlhelm

Die Leiter des Stahlhelms haben die Eintragungslisten zum Volksbegehren auf Landtagsauflösung am Montag dem preußischen Landeswahlleiter eingegeben. Die Gesamtziffer der Eintragungen beträgt danach 6 031 310.

* * *

Endlich, am letzten überhaupt noch möglichen Termin, hat sich der Stahlhelm noch entschlossen, die Listen des Volksbegehrens einzureichen und dadurch das Volksbegehren in Kraft treten zu lassen. Viele Wochen sind seit dem Ablauf des Volksbegehrens vergangen. Daran kann man sehen, was es mit der ganzen Aktion des Stahlhelms auf sich hat. Sie haben es eingereicht, weil sie wollen, daß der Landtag möglichst bald neugewählt wird. Dann aber verzögern sie es selbst um viele Wochen. Es ist daher mit der „Ueberalterung" des Landtags doch nicht weit her zu sein. Außerdem aber zeigt dies lange Zögern, welche Furcht sie nach dem sehr wenig ermutigenden Ausgang des Volksbegehrens vor dem Volksentscheid haben. Deshalb wollen sie möglichst lange hinausschieben. Die Blamage soll möglichst vermieden kommen.

Preußen macht Fehler der Notverordnung wieder gut

Die Schupobeamten erhalten Zehrgelder

Von dem in der neuen Notverordnung der Reichsregierung vorgesehenen Abbau der Beamtengehälter werden auch die Exekutivbeamten der Schutzpolizei betroffen. Dieses Unrecht wird die preußische Regierung durch die Zahlung eines weiteren Zehrkostenzuschusses an die Exekutivbeamten wieder gutmachen.

An die Exekutivbeamten der Polizei werden von Tag zu Tag höhere Anforderungen gestellt. Sie auch gerade jetzt auch noch mit einem Gehaltsabzug zu belasten, wäre ein doppeltes Unrecht bedeuten. Die Reichsregierung hat für diese Situation der Polizeibeamtenschaft kein Verständnis gehabt. Es ist deshalb ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Preußen das Reich korrigiert und bestrebt ist, den Exekutivbeamten der Notverordnung die bisherigen Einkünfte zu sichern.

Naziminister Franzen vor Gericht

In dem Strafverfahren gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen wegen Begünstigung nunmehr Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte auf den 27. 10½ Uhr vormittags, anberaumt worden. Franzen wird von Berliner Rechtsanwalt Dr. Sch. verteidigt.

Eine Niederlage der Regierung Macdonald

Weil die Labourabgeordneten zu lange Wochenende machten

Die Regierung Macdonald erlitt am Montag im Unterhaus eine unerwartete Niederlage. Sie blieb bei der Abstimmung über einen konservativen Zusatzantrag zum Grundwertsteuergesetz mit 208 gegen 232 Stimmen in der Minderheit. Ein großer Teil der Labourabgeordneten war entgegen den Warnungen der Parteileitung am Montag wegen des Wochenendes nicht erschienen. Der Zusatzantrag, der die Befreiung nicht des landwirtschaftlich benutzten Bodens, sondern aller kultivierten Flächen, so zum Beispiel der Stadtgärten, erreichen will, bildet jedoch nicht als grundsätzlicher Streitpunkt angesehen zu werden. Die Regierung entschloß sich daher, die Ergänzung anzunehmen.

Der wirklich gefährliche Kampf um das Gesetz steht bevor, wenn nicht vorher zwischen den Liberalen und der Regierung über den Ergänzungsantrag der Liberalen Partei eine Einigung erzielt wird. Nach diesem Antrag soll die gleichzeitige Erhebung von Grundwerts- und Einkommensteuer beseitigt werden. Bisher haben die Verhandlungen zwischen Liberalen und der Regierung zu keinem Ergebnis geführt.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann.

[Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.]

(6) (Nachdruck verboten)

„Man kann bei dem Mittuten unversehens zwischen zwei Stühlen sitzen!" überlegte sich der große Topp und untersuchte das Gelände nach ungefährlichen Stellen. „Hm!.... Es bleibt nur Heer und Flotte übrig. Da ist er einigermaßen beständig. Da kann man mit ihm ins Horn tuten. Da schadet es sogar nichts, wenn man noch lauter als der Kaiser selbst tutet! Sonst weiß man nie, welche Ansichten er wechselt!"

Münchmeier verlegte sich zunächst auf das Telegraphieren. Das stand in Mode. Etwa so:

„Ew. Majestät entbietet in aller Untertänigkeit die aufstrebende Stadt Pudelwitz an der reißenden Pudel, im Herzen des Vaterlandes liegend, ehrfurchtsvolle Grüße und gibt der schärfsten Entrüstung und der tiefsten vaterländischen Besorgnis Ausdruck, daß die von unserer glorreichen Majestät huldvoll und allergnädigst anbefohlene Heeresvermehrung von vaterlandslosen Gesellen und Landesverrätern abgelehnt und verwässert wird. Sie weiß sich eins mit dem gesamten deutschen Volke in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Vergrößerung unserer schimmernden Wehr zu Wasser und zu Lande. Die gesamte vaterländische Bevölkerung von Pudelwitz an der reißenden Pudel ist bereit, bis zum Letzten das Ihrige zu tun, um Ew. Majestät kluge Voraussicht immerdar zu unterstützen. Kein Opfer ist uns zu groß, das wir nicht zu bringen bereit wären. Eine größere Garnison in dem bislang schutzlos allen Zufälligkeiten preisgegebenen Pudelwitz würde allerseits begeisterte Aufnahme finden.

In voller Ehrfurcht ersterbend

Tobias Münchmeier, Bürgermeister."

Topp besaß bereits eine Ledermappe mit siebzehn kaiserlichen Antworten; etwa so:

„Se. Majestät lassen für das Gelöbnis unwandelbarer Treue seiner allergetreuesten Stadt Pudelwitz danken."

Doch schon ein oberflächlicher Überblick erwies, daß die Danktelegramme von einem zum anderen Male herzlicher wurden. Der Pudelwitzer Anzeiger stellte das einwandfrei fest. Der große Topp vergalt diese Einsicht an allerhöchster Stelle durch eine Verlängerung der Huldigungstelegramme. Nimmt es darob jemanden Wunder, wenn sich hartnäckig das Gerücht erhielt, der Pudelwitzer Bürgermeister sei zu Höherem ausersehen? Zum mindesten sei mit der Verleihung des Kronenordens vierter Güte zu rechnen.

„Dann geht's aufwärts", versicherte Schlachter Ossensteert. „Mit dem Roten Adlerorden ist der Erbadel verbunden."

Münchmeier merkte wohl, daß mancher Neid hinter solchen Redereien steckte. Allein die Huld von oben steifte ihm das Rückgrat. Sein Ton wurde schärfer und militärischer. Bei Begrüßungen schlug er die Stiefelabsätze hörbar zusammen. Gelegentlich warf er mit Redensarten um sich, die er sich aus Zeitungen zusammengeschrieben hatte. Es klang dann, als wenn ein Hagelwetter auf Schindeldächer fällt.

So zum Beispiel:

„Se. Majestät, unser allergnädigster Kaiser, müßte die Aufsässigen einfach zu Paaren treiben!"

Oder:

„So einen Querulanten wie den Eugen Richter ließe ich lebenslänglich hinrichten und den Bebel und den Singer vierteilen. Es muß mit der Patzasche aufgeräumt werden. Ein eiserner Besen!"

Oder:

„Ein Leutnant und zehn Mann genügen, um mit der Reichstagsblase fertig zu werden!"

Oder:

„Mit einem solchen Kriegsherrn an der Spitze nehmen wir es mit der ganzen Welt auf. Sie sollen bloß kommen. Es wird gedroschen!"

An solchen Kraftstellen hakte mit Begeisterung Theo Tass Trill ein. Der Wortschwall berauschte ihn. Er fühlte, daß er dem Bürgermeister gegenüber nicht zurückstehen durfte.

„Wenn wir Jungen doch endlich einmal unseren Mut und unsere Tapferkeit zeigen könnten", trumpfte er auf und spielte sich männlich. „So wie unsere Väter 64, 66 und 70/71. Aber es ist augenscheinlich nichts mehr für uns übrig geblieben. Alles in der Welt hat Angst vor uns. Niemand sagt ein Mucks. Also bleibt nichts übrig, als gegen den inneren Feind zu marschieren!"

„Bravo! Bravissimo!" klang es aus der Stammtischrunde. „Das ist noch eine Jugend, die der Väter wert ist! Wir gratulieren, Herr Ratsherr! Das ist Trill'sche Art! Prosit, Herr Theo Tass Trill! Auf's Spezielle!"

Titus Trill legte sich in solchen Augenblicken selbstzufrieden im Stuhle zurück, spielte mit der goldenen Uhrkette und sagte: „Als Vater steht man immer in der Gefahr, seine Kinder zu überschätzen. Aber Sie sehen und hören ja selbst. Er ist ein Held! Man kann Großes von ihm erwarten. Darf ich die Herren zu einer Lage Bier einladen? Grotian! Ad zehn Maß auf mein Konto! Und Du, Theo, trägst gewiß zu dem Anstoßen ein Vaterlandsgedicht vor. Mein Sohn ist nämlich unter die Dichter gegangen. Er hat schon ein Pappdeckelheft voll. Zuerst machte er nur Liebesgedichte. Tja!... Die Jugend!... Wir wissen ja, wie wir's in diesen Jahren getrieben haben. Später hat er sich mehr auf die Trauer gelegt. Immer stürzte sich jemand vom Felsen oder in das Schwert. Jetzt macht er nur Vaterlandslieder und Gedichte auf den Kaiser... So!... Das Bier ist da!... Los, Theo.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Hitlers Reich

In- und ausländische Blätter melden, daß der Berliner nationalsozialistische „Angriff" sein jüngstes Verbot provoziert habe, um auf diese Weise aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen.

Was ist daran wahr? Die Stennes-Revolte haben Hitler und Goebbels äußerlich zwar überwunden, aber im Innern der NSDAP. gärt und brodelt es weiter. Die Palastrevolution in der Berliner Hitlerzentrale hat eine ganze Reihe von Existenzen vernichtet. Man wollte die Organisation seinerzeit mit eisernen Besen säubern, aber man hat dabei nicht nur beschränkte Kräfte auf die Straße gekehrt, sondern mit ihnen auch einen Teil des Schmutzes, der sich in dem weiträumigen Hause an der Hedemannstraße, dem Sitz des Herrn Goebbels, angesammelt hatte. Dieser Schmutz ist es, der jetzt von den verdrängten Existenzen aufgewirbelt wird und so zur Kenntnis der Oeffentlichkeit kommt.

In den ersten Tagen des April brachte „Der Angriff" allerlei alarmierende Nachrichten über die zügellose Soldateska des Stennes, womit die SA.-Männer des abgesägten Sturmführers gemeint waren. Unter der Rubrik „Kampf um Berlin" wurde versteckt auf die Unannehmlichkeiten und Ausschreitungen des „Feldlagers" hingewiesen, und als am 4. April der Nachfolger von Stennes seinen Einzug in die Hedemannstraße hielt, entdeckte man etwas ganz Unangenehmes: Spinde und Schreibtische waren erbrochen, Bücher und Kleidungsstücke beiseite geschafft. Am schlimmsten war es in der Feuilleton-Redaktion vorgegangen. Die Manuskripte waren vom Schreibtisch gerissen und als Kopfkissen oder zu anderen Zwecken benutzt worden. Auf diese Weise sollen etwa achtzig Manuskripte verloren gegangen sein, darunter ein wertvolles Roman-Manuskript, das der Verfasser des „Angriff" im März von einem bekannten Berliner Schriftsteller eingefordert hatte. Der angerichtete Schaden konnte nicht lange geheim bleiben, denn die Herren Autoren fragten immer wieder nach dem Verbleib ihrer eingesandten Arbeiten. Die jetzige Verlagsleitung des „Angriff" erklärte schließlich, die Schuld an den vernichteten Manuskripten trage die zügellose Soldateska des Herrn Stennes und der Verlag des „Angriff" werde Herrn Stennes für den angerichteten Schaden haftbar machen, ebenso die entlassenen Angestellten, die Feuilleton-Redakteurin usw., die in gröbster Weise ihre Pflicht verletzt, weil sie die wertvollen Manuskripte nicht in Sicherheit gebracht hätten.

Diese angeblich so pflichtvergessenen Angestellten haben sich aber die Entlassung nicht gefallen lassen, sie liefen zum Kadi der verhaßten Republik und verlangten das ihnen zustehende Gehalt bis zum Quartalsende. Hierbei kam es zu sehr peinlichsamen Szenen, man konnte erkennen, wie schnell sich Liebe in Haß verwandelt, und da man nun einmal beim Reden war, wurde alles ausgekramt, was zwar nicht auf den Richtertisch gehörte, was aber der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden durfte: der unwahrhaftige und scheinheilige Kern des ganzen nationalsozialistischen Gebäudes. Zunächst wurde es offenbar, daß nicht die Stennesleute Einbruch, Diebstahl und Sachbeschädigung begangen hatten, **sondern daß die Uebeltäter in den Reihen der Hitler-SA.-Leute zu suchen waren**, die in der Nacht vom 2. zum 3. April in der Hedemannstraße Wache hielten und die Gelegenheit benutzten, die Redaktionszimmer gründlich ausplünderten. Für den angerichteten Schaden ist die jetzige Verlagsleitung verantwortlich. **Aber woher das viele Geld nehmen?** Die Einkünfte des „Angriff" haben sich in letzter Zeit immer mehr verringert. Dazu kommen die empfindlichen Geldstrafen, die für den recht unvorsichtigen Herrn Goebbels bezahlt werden müssen, ferner die nachzuzahlenden Gehälter für die grundlos entlassenen Angestellten und schließlich die sehr beträchtliche Summe für die vernichteten Manuskripte. Das Unglück wollte es, daß das eingeforderte Roman-Manuskript ein kleines Vermögen darstellt, weil es in einem zweiten Exemplar nicht mehr vorhanden ist. Die Meldungen in- und ausländischer Blätter über die finanzielle Lage des Goebbels-Organs sind also nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Der Verlag des „Angriff", einer angeblich sozial eingestellten Zeitung, geht dem Sturm der Gläubiger zunächst dadurch aus dem Wege, daß er die Zahlungen hinauszuschieben sucht, wahrscheinlich in der Hoffnung, die Drängenden auszuhungern und dadurch gefügig zu machen.

Wenn nur die Hälfte von dem, was sich die Leidtragenden des Stenneskrachs vor den Arbeitsgerichten und dem Schiedsgericht der Presse zuraunten, auf Wahrheit beruht und nur ein Drittel der Drohungen gegen Hitler und Goebbels in Erfüllung geht, dann muß es in der NSDAP. in kurzer Zeit drunter und drüber gehen. Daß mit dem Einzug der neuen Herren in die Berliner Hedemannstraße eine Klüngelwirtschaft schlimmster Art begonnen haben soll, ist nicht so schlimm wie die Behauptung, daß die angeblich Getreuen alles andere als treu seien, daß auch diese nur auf den Augenblick warten, um loszulegen". Gegen Dr. Goebbels wurden die schwersten Anschuldigungen und noch schwerere Drohungen vom Stapel gelassen, Anschuldigungen, die jedem Staatsanwalt, wenn er kein verkappter Nationalsozialist ist, ein wahres Vergnügen bereiten würden. Und was die Drohungen anbetrifft, so beziehen sich diese nicht nur auf Leib und Leben, sondern mehr noch auf die wirtschaftliche Schädigung der NSDAP. Der eine sagte, wenn wir so gemein gewesen wären, wie die Leute vom „Angriff", hätten wir alles verraten können, dann wäre die ganze Partei in die Luft geflogen. Ein anderer meinte, wenn das Finanzamt wüßte, was es nicht weiß . . . soviel Geld gibt es garnicht, was die NSDAP. zu zahlen hätte. Und damit wäre die ganze Schwindelbude in der Hedemannstraße aufgeflogen! Eine weibliche Stimme fügte hinzu: „Die wollen alle nur Stange, weil sie sich die Taschen füllen. Der S. hat geheiratet, die Möbel und die Wohnung hat ihm die Partei gegeben; der L. hat auch Möbel und Wohnung bekommen. Wer Gelegenheit hat, sich einen Hausstand zu begründen, weiß sich jetzt alles zu beschaffen, was er braucht. Wir haben noch lange Zeit ohne Entgelt gearbeitet und nicht daran gedacht, uns zu bereichern, jetzt muß die Partei ihre Leute spicken, damit sie die Treue halten!" Ein ganz Wütender schreit: „Sechs bis sieben Millionen haben sie in München vergeudet und den SA.-Männern haben sie nicht einmal gestattet, aus der Kantine einen Teller Suppe zu holen, die stopfen sich die eigenen Taschen voll, aber der Tag der Abrechnung wird nicht lange auf sich warten lassen, dann fliegt die NSDAP. in die Luft!"

Als diese Worte fallen, bemächtigt sich der ehemaligen treuen Gefolgschaft eine unbändige Heiterkeit, eine höllische Freude über das bevorstehende Platzen der Partei. Den uninteressiesten Zuhörer überläuft ein Gruseln bei dem Gedanken, daß diese Leute, die noch vor wenigen Tagen auf das Hakenkreuz geschworen haben, es heute niederreißen würden, wenn sie die Möglichkeit hierzu hätten. Der nachdenkliche Psychologe aber fragt sich, wie gering muß die Ueberzeugungskraft des nationalsozialistischen Prinzips sein, wenn das Fortjagen von der Krippe schon genügt, die Anhängerschaft in brutalste Feindschaft zu verwandeln. Aber so sieht es im Hitlerloger überall aus. Es stinkt in jeder Beziehung und wie es stinkt, dürfte demnächst vor allem auch der Prozeß Stennes-Hitler-Goebbels beweisen.

Das ist auch ein Retter Deutschlands

Gerichtliches Porträt eines Naziabgeordneten

Braunschweig, 15. Juni (Eigener Drahtbericht)

Das größte Rauhbein des braunschweigischen Landtags ist der Naziabgeordnete Schneider aus Parrenjen.

Schneider, der im Regierungsbezirk Hildesheim seinen Wohnsitz hat, ist von dem Gauführer Rust aus Hannover auf die Kandidatenliste des braunschweigischen Landtages gesetzt worden, damit er nicht mehrere Gefängnisstrafen absitzen muß. Jetzt liegen wieder mehrere Ersuchen der Staatsanwaltschaften vor, die Immunität dieses Schneider aufzuheben, damit er seine Strafen antreten kann. In einem Urteil des Landgerichts Göttingen heißt es über Schneider: „Der Angeklagte ist zwar schon einmal wegen ähnlicher Beleidigungen vorbestraft, trotzdem erfordert die vorliegende Straftat keine besonders ernsthafte Würdigung, sondern verdient im wesentlichen als Rüpelei eines unreifen Fanatikers eingeschätzt zu werden." Schneider hatte u. a. in Versammlungen der Nazis gesagt: „In Berlin sitzen die vollgefressenen Schweine, von denen keines unter 300 Pfund wiegt. So viel und so schwere Schweine, wie in Berlin sitzen, gibt es sonst kaum noch." Stresemann bezeichnete dieser Koalitionsfreund der braunschweigischen Volkspartei als den Flaschenbier-Doktor, der seine Wanderniere wieder einmal in Bewegung gesetzt habe. Hilferding nannte er einen Finanzbanditen usw.

In einem anderen Urteil heißt es über Schneider: „Die Handlungsweise des Angeklagten, die Art der Beleidigung der Beamten und der Beschimpfung der Reichsform kann nur als rüpelhaft bezeichnet werden." Auf diesen Mann stützt sich der Wahrheitsminister Franzen ebenfalls. Auch die Volkspartei des Landes Braunschweig findet es nicht unter ihrer Würde, mit diesem Schneider eine gemeinsame Koalition zu betreiben.

Wie die „Massenpartei" der Kommunisten in Wahrheit aussieht

Nur ein Viertel so groß wie die Sozialdemokratie — Die Organisation der „Zellen" versagt

Außer der Sozialdemokratie wagt es keine Partei, der Oeffentlichkeit genaue Zahlen über ihren Mitgliederstand mitzuteilen. Am wenigsten hört man darüber von der Kommunistischen Partei. Man weiß nur aus alter Erfahrung, daß ihre Organisation umso schwächer ist, je mehr sie den Mund aufreißt. Jetzt wird aber im „Parteiarbeiter", einer Zeitschrift für die kommunistischen Funktionäre, etwas über das Ergebnis einer kommunistischen Werbekampagne mitgeteilt, die von Oktober bis März durchgeführt worden ist. **Wir erfahren hier, daß die Mitgliederzahl in dieser Zeit von 73 296 auf 268 397 gestiegen sein soll.** Selbst wenn diese Angabe zutreffen sollte, so würde **die Kommunistische Partei trotz der für sie so günstigen politischen und wirtschaftlichen Situation noch nicht einmal den vierten Teil der Stärke der Sozialdemokratischen Partei erreicht** haben. Da aber die Fluktuation der Mitglieder in der Kommunistischen Partei außerordentlich groß ist, so wird man sicher das Richtige treffen, wenn man von der für März angegebenen Mitgliederzahl noch erhebliche Abstriche macht.

Dieser Zweifel an der Richtigkeit der Angabe über den Mitgliederzuwachs erscheint umso berechtigter, als der „Parteiarbeiter" zugeben muß, daß **die Betriebszellen der Kommunistischen Partei wesentlich zurückgegangen sind.** Es heißt dort: „Die Schere zwischen politischem Einfluß und organisatorischer Verankerung in den Betrieben hat sich trotz objektiv günstiger Umstände erweitert." Das bedeutet soviel, daß die Kommunistische Partei mit ihrer lärmenden Agitation zwar den politischen Flugsand, die ewig Indifferenten in der arbeitenden Bevölkerung zuweilen in Bewegung setzen kann, daß ihr organisatorischer Einfluß auf die Arbeiterschaft und vor allem der auf die Betriebe noch immer verhältnismäßig gering ist. Das gleiche Bild ergibt sich bei den Angaben über die Zahl der Straßenzellen. Zusammenfassend wird in dem „Parteiarbeiter" bemerkt: „Außerordentlich wichtig ist die Tatsache, **daß heute noch in fünf Sechstel unserer Ortsgruppen weder Betriebs- noch Straßenzellen bestehen. . . . Masseneintritte von Arbeitern in die Partei, trotzdem keine Aufwärtsentwicklung der Betriebszellen, keine Durchsetzung des Prinzips der Zelle als untere Parteieinheit.**"

Vor einigen Jahren ist die „Zelle" im Betrieb und in der Straße als die eigentliche Organisationsform der Kommunistischen Partei bezeichnet worden. Die Wohnbezirksorganisation wurde als „sozialdemokratisch" verschrien. Auf Grund des jetzt von der KPD. für die Funktionäre bestimmten Berichts kommt man zu der Schlußfolgerung, **daß die Kommunistische Partei mit der Form ihrer Organisation Schiffbruch erlitten hat** und ebenso den Umfang ihrer Organisation „trotz objektiv günstiger Umstände" nicht wesentlich zu erweitern vermochte.

Deshalb sei es notwendig, sich mit dieser Erkrankung der Völker zu beschäftigen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, an der sich Genosse Hacks-Breslau beteiligte.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Neu in den Vorstand gewählt wurde Dr. Franz Neumann-Berlin.

Tarnows Referat gedruckt

Fritz Tarnow: Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Referat und Resolution auf dem Leipziger Parteitag der SPD. am 1. Juni 1931. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin. Preis 20 Pf. Umfang 32 Seiten.

Der erste Verhandlungstag gab in einem gewissen Sinne dem Leipziger Parteitag sein geistiges Gesicht. Mit seinem Referat „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse" hat Fritz Tarnow dem Kapitalismus eine wuchtige Anklagerede gehalten und zugleich unerhört eindrucksvoll die wirtschaftliche Situation gezeichnet, in der sich die Politik unserer Zeit abspielt. Die Fülle von Tatsachen, die er bot, wirkte viel stärker als es eine wortradikale Rede je hätte tun können. Seine gründliche Untersuchung der Ursachen der kapitalistischen Krise ist dabei ebenso wissenschaftlich richtig wie allgemein verständlich und gerade unter diesem Gesichtspunkt drängt sich der Vergleich mit den besten sozialdemokratischen Reden aus der Vergangenheit auf. Der einheitliche Wille des Parteitages war es deshalb auch, als beschlossen wurde, dieses Referat in Massenauflage zu verbreiten. Es handelt sich bei den Problemen in Tarnows Referat um die Lebens- und Schicksalsfrage des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb muß die Broschüre besondere Beachtung finden. Sie erpfnet nicht nur Verständnis für die Politik unserer Partei, sie bietet zugleich auch reichhaltiges Material im Kampf um die Aufklärung der Massen. Und keiner, der das Referat Tarnows auf sich wirken läßt, wird sich seiner Schlußfolgerung entziehen können: „Hinweg mit dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung!"

USA. teilt seinen Rüstungsstand mit

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Als erste aller Regierungen hat die amerikanische dem Völkerbund zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ihren Rüstungsstand mitgeteilt. Ihre Aufstellungen enthalten keine Angaben über das lagernde Material und die ausgebildeten Reserven.

Trotz der gesetzlich zulässigen Zahl der Armee von 17 728 Offizieren, 640 Unteroffizieren und 280 000 Mann erscheinen in der Tabelle der amerikanischen Regierung nur 117 937 Mann und 11 822 Offiziere einschließlich der Bestände in Portorico, Alaska und Hawai. Auf den Philippinen, im Kanalgebiet von Panama und Uebersee werden nochmals 22 000 Mann und 1200 Offiziere registriert. In der Gesamtzahl von 139 957 Mann und 13 080 Offizieren sind die Luftstreitkräfte einbegriffen, die beim Landheer 13 000 und bei der Marine 14 000 betragen. Für die Marine werden 10 420 Offiziere und 109 886 Mann angegeben. Von der Kriegsflotte werden aufgeführt 18 Linienschiffe mit zusammen 523 800 Tonnen, 4 Flugzeugmutterschiffe mit 91 300 Tonnen, große Kreuzer 5 fertige, 13 im Bau und 3 über 20 Jahre alt, zusammen 21 mit 206 800 Tonnen, kleine Kreuzer 11 mit zusammen 75 900 Tonnen, 256 Zerstörer mit 273 360 Tonnen, 110 U-Boote mit 80 680 Tonnen, 197 Hilfsschiffe mit 776 085 Tonnen und 14 Spezialschiffe mit zusammen 88 050 Tonnen. Insgesamt erscheint also die USA.-Kriegsflotte mit 631 Schiffen von zusammen 2 035 975 Tonnen. Hierzu kommen 1752 Kriegsflugzeuge für Armee und Marine und 5 Lenkluftschiffe. Die gesamte Kriegsmacht verschlingt im Jahre 350,4 Millionen Dollar für das Landheer, 375,3 Millionen Dollar für die Flotte und 110 Millionen Dollar für die Luftstreitkräfte, alles zusammen 835,7 Millionen Dollar. Dazu kommen noch mehrere 100 Millionen aus Reserven und Spezialkrediten sowie 714 Millionen Dollar für Pensionen, Rekrutierung und Abschiedsgelder.

Die wirklichen Ausgaben Amerikas für militärische Zwecke belaufen sich also auf durchschnittlich sieben Milliarden Reichsmark.

Nazischreier Lohse festgenommen

Kiel, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Freund des braunschweigischen Naziministers Franzen, der Gauleiter der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein, Lohse, ist auf Anordnung des Gerichts festgenommen worden. Lohse hat wiederholt Vorladungen zu schwebenden Prozessen nicht Folge geleistet.

Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Preußische Minister des Innern hat zugleich für die Minister für Volkswohlfahrt und der Finanzen dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Erlaß dem Staatsministerium vorzuschlagen beabsichtigt ist, zugehen lassen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden auf Grund dieser Verordnung den preußischen Stadt- und Landkreisen namhafte Beträge in der Gesamthöhe von rund 100 Millionen Mark aus Reichs- und Staatsmitteln zur Verfügung gestellt, zu denen die weitere Entlastung tritt, die sich infolge der Gehaltskürzungen an Ausgaben für den Personalbedarf ergibt.

Sozialdemokratischer Juristentag

Im Zusammenhang mit dem Parteitag der SPD. trat in Leipzig die 7. Reichskonferenz der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen Deutschlands zusammen. Die Tagung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht. Auch ausländische Vertreter waren erschienen. Dr. Kurt Rosenfeld, der Vorsitzend der deutschen Vereinigung sozialdemokratischer Juristen begrüßte die Ausländer. Er konnte auf ein starkes Wachstum der deutschen Vereinigung hinweisen, deren Mitgliederzahl im Jahre 1930 von 304 auf 406 angewachsen ist, eine Zahl, die im Jahre 1931 bereits auf 438 gestiegen ist.

Staatsanwalt Dr. Hagner-München hielt ein Referat über das Staatssystem des Nationalsozialismus. Gestützt auf sorgfältig belegte Aeußerungen nationalsozialistischer Führer gab er ein ausgezeichnetes Bild von dem Staatssystem, wie es sich die Nationalsozialisten vorstellen. Er wies nach, daß die nationalsozialistische Staatsauffassung reaktionär sei, daß sie in mittelalterlicher Romantik wurzele und die Massen als nicht denkfähig und unmündig ansehe. Diese Auffassung liefere die breiten Schichten des Volkes dem Terror einer ungeistigen Rassenaristokratie aus. Durch die Verneinung des Klassenkampfes werde die nationalsozialistische Staatsauffassung zur stärksten Stütze des bestehenden Klassenkampfes. Den Wunderglauben an den gottbegnadeten Führer setze die nationalsozialistische Partei an die Stelle der Arbeit. Der Verstand sei ihnen die Hure des Teufels. Ihre Staatsauffassung erweise sich als eine Reaktion gegen die menschliche Vernunft. In Krisenzeiten, wie der gegenwärtigen, hätten geistige Epidemien immer Anhänger gefunden.

Hoover gegen staatliche Sozialpolitik

In einer in Indianapolis gehaltenen Rede verteidigte der amerikanische Staatspräsident Hoover auf einem Bankett republikanischer Chefredakteure die hohen Schutzzollmauern Amerikas und die Einwanderbeschränkungen. Er wandte sich zugleich scharf gegen jeden Versuch einer Sozialgesetzgebung und zwar insbesondere gegen jede staatliche Unterstützung von Arbeitslosen. Er trete für die Arbeitslosenversicherung ein, insofern diese sich auf einen Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschränkt. Die Regierung müsse man dabei aber aus dem Spiele lassen.

Hoover, der es peinlich vermied, auf das Reparationsproblem einzugehen, schloß seine Ausführungen, indem er nach dem Muster des russischen Fünfjahresplanes einen „Amerikanischen Plan"-Vorschlag machte, nach dem für die in den nächsten 20 Jahren um Millionen wachsende Bevölkerung bessere Lebensbedingungen geschaffen werden sollen und zwar durch den Bau besserer Häuser, schönerer Städte, laufender neuer Fabriken, leistungsfähiger Eisenbahnen, neuer Autostraßen und Schiffahrtskanälen, um 25 Prozent erhöhte elektrische Energie, um 20 vom Hundert vermehrte Landwirtschaftsprodukte neuer Farm, Schulen und Kirchen für die um 20 Millionen vermehrte Bevölkerung.

Die Rede Hoover wird allgemein als ein Auftakt zu der kommenden Präsidentschaftskampagne betrachtet.

Familien-Anzeigen

Nach 26jähriger Mitgliedschaft verstarb am 11. Juni 1931 unser

Bundesgenosse

Heinrich Rösler

im Alter von 62 Jahren. 6470

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Breslau, Abt. Ohlauer Tor

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle III (Krematorium) Gräbschen.

Am 14. Juni starb unser Mitglied

Gertrud Kerzel

im Alter von 31 Jahren. 2295

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die freigewerkschaftl. organisierten Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse R. Dorndorf.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel, nach St. Nikolai.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer geliebten Tochter **Erna** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Mietern des Hauses Matthiasstraße 166-168, den Kollegen des F. W. Hauptwerkes, sowie den Lehrern und Lehrerinnen der Weltlichen Schule 4, auch Herrn Pastor Altmann unseren innigsten Dank.

Hermann Altmann u. Frau

6466 **nebst Kindern.**

Best bewährt seit Jahren

Adamynin

bei Rheuma, Nierenleiden etc.

in allen Apotheken erhältlich

Carl Adamy, Blücherplatz 3

6727 (Mohren-Apotheke)

Besichtigen Sie

die ausgestellten Preise der Ostlandgrenzfahrt

über 250 km am 21. Juni um den Großen Preis des

Fahrradhaus Sieg

Neumarkt 19 (neben Barasch)

291

Reichsversorgungsgesetz

vom 17. März 1931 mit **Altrentnergesetz**

Kriegspersonenschädengesetz

und **Verfahrensgesetz**

Preis nur Mk.

1.80

Zu haben in der **Volkswacht-Buchhandlg.** Neue Graupenstraße Nr. 5

Der Tod des **Landtagsabgeordneten**

Heinrich Rösler

ist auch für die Sozialdemokratische Partei ein schwerer Verlust. Der Verstorbene ist ein Pionier der Arbeiterbewegung in der Zeit der Verfolgungen des wilhelminischen Systems gewesen. Er hat auf schwierigstem Gelände für die Arbeiterbewegung gekämpft. Ihm ist vor allem auch die politische Aufklärung der schlesischen Bauarbeiter zum guten Teil zu danken. Sein Verlust trifft daher auch uns schwer.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Parteiorganisation Groß-Breslau. 2293

Am 11. Juni verschied plötzlich an Herzschlag, nachdem er als Landtagsabgeordneter an den Sitzungen des Landtages im Plenum sowie im Ausschuß teilgenommen hatte, einer unserer ältesten Parteimitglieder, der **frühere Leiter des Baugewerksbundes**

Heinrich Rösler

im Alter von 62 Jahren.

Ein guter Wegbereiter der Arbeiterbewegung ist dahingegangen. Ein ehrendes Andenken werden ihm alle, die sein Wirken für die Ziele des Sozialismus gekannt und gewürdigt haben, auch in der Zukunft bewahren.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle 3 (Krematorium) in Gräbschen. 2296

Trauerhaus: Breslau-Goldschmieden, Flußpromenade 2. **Distrikt 49.**

Am 11. Juni verschied plötzlich der Mitbegründer unseres Hauses 2287

Landtagsabgeordneter

Heinrich Rösler

im Alter von 62 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H.

Beerdigung: Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle 3 (Krematorium) in Gräbschen.

Am 14. Juni, früh, verschied sanft nach langem Leiden mein lieber, guter Mann, unser bester Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der **Formermeister**

Hermann Corsing

im ehrenvollen Alter von 78 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Breslau, Schulzenwiese 3, den 16. Juni 1931.

Amalie Corsing, geb. Meyer
nebst Angehörigen.

Einäscherung: Freitag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 123

Buchdruckerei Volkswacht Breslau 2 Flurstraße 4/6

Deckbetten v. 3nlett 15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Mk. Kissen 5.—, 6.— u. 7.50 Mk.

Leihhaus Delsnerstr. 12 I.

Herr.-Rad, fast neu 51.-

Dam.-Rad mit kl. Fehl. an Emaille **53.-**

Herr.-Ballon-Rad sehr gut

Nähmaschin. billig

Nähmasch. I. Stock **Poststr. 7** nur 7

Wohnungen

Tausche

renovierte Wohnung, Stube, Küche, Kabinett, Südost, in gleiche oder größere, Gegend gleich. Offerten unter **B. 70** an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Möbl. Zimmer

für 2 Herren, Nähe Universität per bald zu vermieten. Offert. unter **B. 68** an die Geschäftsst. der Volkswacht, Flurstraße 4.

Die kleine Anzeige

die Du aufgeben mußt, wenn Du mieten, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung

in die Volkswacht!

Dort ist sie billiger als in der bürgerlichen Presse und bringt Dir

bestimmt Erfolg!

Tipp morgen!

gewinnen Sie Ihre Ferienreise

Ziehung 17. bis 23. Juni 1931

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

48 098 Gewinne und 2 Prämien zus. RM

Höchst- u. Hauptgewinne **430000 150000 100000 75000** usw. usw.

Alle Gewinne bar abzüglich 10% für auswärts Porto und Liste 35 Pf. mehr

Einzellos 1 M. **Doppellos 2 M.**

Glücksbrief: 5 Einzellose 5 M. 10 Einzellose 10 M. sortiert aus verschiedenen Tausenden

Versand auch gegen Nachnahme

Lotteriebank **Arndt**

Breslau 5, Tauentzienpl.

Postscheckkonto Breslau 67465

Das Parteireferat als Broschüre!

Fritz Tarnow

Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse

Referat, gehalten auf dem Leipziger Parteitag der S.P.D. am 1. Juni 1931

Das Referat Tarnow auf dem Parteitag der SPD in Leipzig ist soeben im Druck erschienen

Der Preis der 32seitigen Schrift beträgt 20 Pf.

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4.

---

1. Baumarkt von Breslau und Umgegend

BAUHÜTTE BRESLAU

GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN

Personen-, Lasten-, Speisen-**Aufzüge**

Fernsprecher: 326 87, 375 94

Breslauer Aufzug-Fabrik **Wilh. Kolbe**

Breslau, Hubenstraße 64

Licht-, Kraft-, Radio-Anlagen

Tel. 56722 Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate / Sprech-Apparate / / Schallplatten Tel. 56722

Breslauer Elektriker-Genossenschaft e. G. m. b. H.

Reußenhle 38, Neueweltgasse 5 (Nähe des Vorwärtskaufhauses)

Schall & Co.

Breslau-Oppeln

Lorenzgasse 10 = Sternstraße 10

liefern alle Gläser für Innenausbauten und Möbel

Malereigesellschaft m. b. H.

Tel. 24861 Breslau 8, Klosterstraße 98/100 Malerarbeiten aller Art Tel. 24861

Breslauer Heizungs- u. Installateur-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Ausführung von Zentralheizungen, Sanitären Anlagen jeder Art, Warmwasserbereitungen, Be- und Entwässerungen, Gasleitungen, Kupferleitungen, Kanalisations- und Wasserförderungs-Anlagen

Reparaturen aller Art

Breslau 2, Hubenstr. 39, Tel. 31226

Sperrhölzer – Furnier Exoten

Baltic-Import G. m. b. H., Breslau

Brieger Straße 3-15 Tel. 57827

Marmor Kunststein Terrazzo Steinholz

David & Schubert

Breslau 10 / Fernruf 43344

Tel.-Adr.: Dasche

Ernst Hetzke, Baugeschäft

BRESLAU 23

Steinstr. 121a / Tel. 34063

Kein Bau ohne gebrannte Ziegel!

Paul Handke, Maurer-Meister **Hoch- u. Tiefbau**

Inhaber: Oppelt & Markuske

Gegr. 1887 Breslau I, Vorwerkstraße 44 Tel. 57098

Maurer- und Zimmerbetrieb, Wohnungsbau

Gutachten, Entwurfsbearbeitungen, Bauberatung

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Lehrs. — Redaktion: Gräbschenerstraße 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Genosse Emil Neukirch

...de heute das 60. Lebensjahr erreicht haben, wenn er noch ...r den Lebenden weilte. Am 16. Juni 1871 wurde er in ...ißor geboren; schon als Kind kam er nach Breslau. Hier ...hte er die Volksschule und erlernte später das Buchbinder...werk. Noch sehr jung schloß er sich der modernen Arbeiter...wegung an, in der er einer der idealsten und fleißigsten Mit...eiter wurde. 1893 bis 1899 war er Redakteur der „Volks...ter" und er holte sich manche harte Strafe für seine Ueber...ung. Dann wurde er Sekretär in dem neu errichteten Ar...ntsekretariat, um dann 1906 bis 1910 das gleichfalls neu ent...dene Parteisekretariat zu verwalten. Darauf war er bis ...i 1920 wieder Redakteur der „Volkswacht". Seit Juli des ...nnten Jahres war er besoldeter Stadtrat und er legte, um ...m Amte seine volle Arbeitskraft widmen zu können, sein ...ndat als Abgeordneter zur Preußischen Nationalversammlung ...er. Die Stadt Breslau ehrte das Andenken Neukirchs durch ...Benennung einer Straße vor dem Odertor mit seinem Namen. ...innerhalb der Arbeiterbewegung hat sich dieser treue Kämpfer ...dauerndes Gedenken gesichert. Th. M.

Der unpolitische Pfarrer von St. Nikolai

...Nikolaifriedhof ist kein republikanischer, sondern ein katholischer Friedhof

Am Donnerstag nachmittag gab es auf dem Nikolaifriedhof ...ssel wieder einmal eine kleine Szene, die bezeichnend für ...Toleranz des Zentrums und seiner Einrichtungen ist. Bei ...Beerdigung eines älteren Parteigenossen hatte sich eine Ab...nung des Distrikts 6 mit der Distriktsfahne und einem Kranz ...roter Schleife eingefunden, um dem Verstorbenen auf diese ...die letzte Ehre zu erweisen.

Anscheinend wird in kirchlichen Rendanturen vor einer ...digung bereits eingehend die Gesinnung eines Verstorbenen ...ittelt, denn der zur Einsegnung erschienene Pfarrer blieb am ...dhofstore stehen, obwohl er von dort aus die bereits in der ...enhalle versammelte Fahnenabordnung gar nicht sehen ...nte. Er schickte vielmehr den Küster als Kundschafter aus ...b als dieser die Distriktsfahne sah, stellte er ...Parteigenossen sofort vor die Frage, ob sie ...Fahne einrollen oder das Nichterscheinen ...s Geistlichen verantworten wollen. Mit Rücksicht ...die Angehörigen entsprachen unsere Parteigenossen dieser ...derung und erst dann kam Hochwürden angerauscht, um seines ...tes zu walten. Er erklärte auch dann, daß nur das Mit...gen von Kirchenfahnen gestattet würde, denn Nikolai sei ...n ein katholischer und kein republikanischer Friedhof.

In den Rendanturen scheint man allerdings Unterschiede ...schen katholischem und republikanischem Gelde nicht zu machen. ...Konsequenz, die jeder aus solchen immer wieder in Er...nung tretenden Vorkommnissen zu ziehen hat, liegt auf der ...d, sie bedarf keiner besonderen Diskussion. Wer überzeugter ...publikaner und Sozialist ist, wird selbst im Tode nur als ...holik zweiter Klasse angesehen, weshalb es zweckmäßig ist, ...schon bei Lebzeiten zu entscheiden!

Das ist die Heilsarmee

aus der Menschen Not macht sie Geschäft

Wir haben uns hier in diesen Spalten bereits zu wiederholten ...len mit den nicht gerade heilbringenden Methoden der Heils...ee, der Sekte der Himmelssoldaten auseinandersetzen müssen. ...mancherlei Beschwerden gingen uns schon ein, über die wir ...einzelnen mit Stillschweigen hinweggegangen sind. Folgender ...einigen Tagen an uns gerichteter Brief zeigt wieder einmal ...Mildtätigkeit dieser Organisation in einem etwas merk...digem Lichte.

„In den Straßen Breslaus bettelt die Heilsarmee für die ...en. Bringt aber die Heilsarmee wirklich den notleidenden ...schen eine Hilfe? Ich hatte mehrmals Gelegenheit, in ihrem ...n Heim in der Taschenstraße, Ecke Schweidnitzer Stadtgraben, ...Unterkunft suchen zu müssen. Dort muß man für eine Ueber...nung mit fünf anderen in einem Zimmer — ohne daß das ...jedesmal frisch überzogen wird — 80 Pfennig bezahlen. ...100 Mann stehen fünf Handtücher zur Verfügung. Für den ...r Milch bezahlt man in Breslau 22 Pfennig, in der Heils...ee aber kostet ein Viertelliter 15 Pfennig. Gehe ich heute ...einen Einheitsladen, so bekomme ich bereits für 10 Pfennig ...gute Tasse Kaffee, in der Heilsarmee aber ist die Brühe für ...gleichen Betrag ungenießbar. Will man für einige kurze ...ein Paket aufbewahrt haben, so kann man es nur bei ...ung von 20 Pfennig. Ich frage da nur einmal an, was die ...sarmee mit dem gesammelten Gelde macht, wenn ihre ...enden Unkosten auf solche Weise gedeckt werden?"

Oeffentliche Versammlung

der „Vereinigung religiös-sozialer Studierender"

Die dem „Sozialistischen Hochschulausschuß" korporativ an...iederte „Vereinigung religiös-sozialer Studierender" hatte in ...vergangenen Woche mit ihrer ersten öffentlichen Veranstaltung ...n beachtlichen Erfolg. Zu der Zeit, wo Genosse Pfarrer Eckert, ...Führer der religiösen Sozialisten, vor dem Verwaltungsgericht ...badischen Landeskirche stand, weil er in mehr als zwanzig ...Reiversammlungen Reden gegen den Faschismus gehalten ...hielt Genosse Pech von der Breslauer Ortsgruppe der ...ligiösen Sozialisten" ein Referat über den Weg der religiösen ...zialisten innerhalb der Partei und stellte in überzeugenden ...führungen die Notwendigkeit der christlichen Kirchen fest, sich ...Gewissensgründen auf die Seite des sozialistischen ...letariats zu stellen. Im Sinne der Bewegung lehnte er alle ...en sozialen Tendenzen kirchlichen Almosen-Hilfswerks ab und ...rte ein strenges Bekenntnis zur marxistischen, weil einzigen, ...m des Sozialismus. An Hand des „Falles Eckert" wurde die ...ge Verstrickung der Kirche in das System des Kapitalismus ...ihr Verrat an die Ausbeuter dieses Systems erörtert und ...aus die autonome revolutionäre Tat des Proletariats in der ...e gefolgert. Aus dem Referat ging deutlich hervor, daß die ...giösen Sozialisten nicht aus einem Ressentiment halbtoter ...erlicher Ideologien ihren Weg gehen, sondern daß sie ein ...ter Stoßtrupp innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung ...der Partei sind, die auch an ihrem Teil es sich zur Aufgabe ...n, der Partei den jugendlichen Elan und die Spannkraft ...ationären Wagemuts zu erhalten. Den Diskussionsrednern ...Hochschulgruppe des „Christlich-sozialen Volksdienstes" konnte ...nwiesen werden, daß ihr „Sozialismus" mit der Geste der ...Unherzigkeit nur immer jene verschwommenen bürgerlichen ...Schichten getroffen hat. Der Wunsch nach einer Mitarbeit ...unserem Kampfe, war nach dieser Veranstaltung groß. Und ...Arbeiterschaft wird unter den Studenten bald viele neue ...Genossen finden. —r.

Kinder-Republiken in Gefahr

Die gesamte Arbeiterschaft geht es an

Dieses Thema war der Inhalt einer plötzlich einberufenen **Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde**, die erfreulich zahlreich von Elternmitgliedern besucht war. Genosse Kirschke gab in seinem Bericht den Eltern davon Mitteilung, daß die Entwicklung der Kinderfreunde zu einem erfreulichen Aufstieg geführt hat. Diese Aufwärtsbewegung hat nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern bald auch den scharfen Kampf der Gegner gefunden. Die Kinderrepubliken sind in den letzten Jahren zu den wertvollsten Erziehungseinrichtungen der Kinderfreunde geworden. Die Falken werden hier an alle öffentliche Formen des Lebens, wie Wahlen, Parlament, Demokratie, Versammlungstechnik, Vertretersystem gewöhnt, die für die gesellschaftliche Entwicklung so ungemein wichtig sind. Kollektives Denken und Handeln ist Inhalt aller Tätigkeit geworden. Diese positive Einstellung auf die Entwicklung der Zukunft, die freudige Bejahung der sozialistischen Ideenwelt, alles praktische Leben willensstark mit den Grundsätzen sozialistischer Erziehung in Einklang zu bringen, hat alle nationalen, reaktionären und christlichen Gegner herausgefordert, dieser so erfreulichen Entwicklung unserer Bewegung nun Einhalt zu gebieten. Gemeine Verleumdungen eines Pater Cyrill Fischer konnten leider ungestraft von allen reaktionären Zeitungen verbreitet werden, ohne sie gerichtlich zur Verantwortung ziehen zu können.

Man hat durch diese infame Hetze bereits erreicht, daß den Schulkindern in Bayern die Teilnahme an unseren Veranstaltungen verboten wurde. Man hat vergangenes Jahr versucht, unsere gesundheitsfördernde Kindererholungsfürsorge zu verneinen, damit sie nicht die staatlichen Vergünstigungen genießt, man hat mit Hilfe des Staatsapparates und der Notverordnung mit dem Schlachtruf: Kampf der Gottlosenpropaganda! versucht, auch weiterhin den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu drosseln. Man übt Gewissenszwang auf die Kinder aus, nicht zu den Kinderfreunden, nicht in die weltliche Schule zu gehen, man entläßt dissidentische Lehrer, überliefert sie dem Hungerelend, weil sie den Mut haben, ihre Gesinnung und ihre Ueberzeugung nicht zu verleugnen.

Ja, man hat es dieses Jahr fertig gebracht, 3500 Kindern, zu denen auch die schlesischen Kinder zählen, einen vierwöchentlichen Ferienaufenthalt in der Schweiz zu versagen, weil sie den Mut aufbringen, auch die rote Fahne in das Ausland zu tragen.

Im Kanton Graubünden wollten dieses Jahr Kinderfreunde ihre Republik errichten. In 600 Meter Höhe, umgeben von 3000 Meter hohen Bergen war ein herrliches Lagergelände und dieses Gelände durch Vertrag mit der Gemeinde Lauguardt-Igis auch vollständig gesichert. Nun kommen aus einer Sitzung des kleinen Rates von Graubünden wie ein Blitz aus heiterem Himmel Bedingungen, unter denen eine Teilnahme nur zugelassen wird, wenn alles Anstößige und weltanschaulich Betonte unterlassen wird. Im anderen Falle wird die Ausweisung Einzelner oder des ganzen Lagers angeordnet.

Die Bestimmungen sind so kautschukartig, daß nach jeder Richtung hin unsere Erziehungsarbeit als anstößig zu betrachten ist, selbst wenn sie noch so farblos ist. Eine Erfüllung der Bedingungen käme der Aufgebung jeglicher Erziehungsarbeit gleich. Selbstverständlich mußten die Bedingungen abgelehnt und auf die Gestaltung des Lagers in der Schweiz verzichtet werden. Die Bedingungen vom kleinen Rat haben verteufelte Aehnlichkeit mit den Bedingungen der bayrischen Regierung. Der Kampf gegen die Kinderfreunde ist nicht nur ein Kampf gegen eine Organisation sondern gegen die **ganze** Arbeiterbewegung. Darum müssen gegen eine solche ungerechtfertigte Behandlung trotz Verfassung und einfachen Rechten alle Klassenangehörigen und Genossen den schärfsten Kampf den Gegnern ansagen. Was einem Teil der Bevölkerung gestattet, ja im Gegenteil staatlich gefördert ist, das muß auch selbstverständliches Recht eines anderen weltanschaulichen Teiles sein.

Es ist eine unerhörte Herausforderung, auch das geringste Recht kultur- und erziehungspolitischer Betätigung zu unterbinden, wo Wallfahrten, Bittgänge, nationale Kundgebungen und sonstige Aeußerungen christlichen, nationalen Denkens und Handelns gefördert werden.

Wir fordern die ganze Arbeiterschaft zum Protest heraus, denn der Kampf gegen die Erziehungsbewegung ist der Kampf gegen die Erreichung der Ziele der sozialistischen Arbeiterklasse. Darum sollen alle Genossen, Gewerkschafter, Mütter und Väter ihre Stimme und Anklage gegen solch unchristliches und schändliches Treiben erheben, und für die Ausbreitung und Vertiefung ihrer Erziehungsbewegung ihre ganze Kraft und Können einsetzen.

Erfreulicherweise hat auch die Mitgliederversammlung die Meinungen und die Handlungen der Funktionäre einmütig gebilligt und kampfesfroh werden sie auch in Zukunft ihre volle Pflicht erfüllen.

Alle Genossen, Angehörige der Arbeiterklasse, die es ernst mit der Erreichung der sozialistischen Ziele meinen, alle denen ihr Herz für die jüngste Zukunft schlägt, alle, auch die durch wirtschaftliche Sorgen und Nöten für kulturelle Fragen wenig Interesse haben, fordern wir zum Protest heraus.

* * *

i Genossin Schaertel sprach anschließend über Ferienarbeit. Zwei vom Vorstand eingebrachte Anträge über Versicherungsleistung und Eintrittsgeld fanden die Zustimmung der Mitgliederversammlung und war ein deutlicher Willensausdruck, der Bewegung weitere Kräfte zu opfern und nun den Kampf gegen das Bürgertum und Klerikalismus schärfer aufzunehmen. Mit der Internationale fand die Versammlung einen kampfesfreudigen Abschluß. Eki.

Im Zeichen des Preisabbau!

Ein Fabrikunternehmen droht mit Einstellung der Lieferung, wenn eine Firma den Kleinverkaufspreis senkt!

In unserer Zeit wird vom Preisabbau viel gesprochen und geschrieben, aber wenig getan. Einzelne Firmen haben tatsächlich ihre Preise gesenkt. Dies tat auch ein Spezialgeschäft in der Klosterstraße, was nur zu begrüßen ist. Vor einiger Zeit erhält diese Firma von ihrem Lieferanten ein Schreiben, in dem ihr mitgeteilt wird:

Ihre Preise haben wie eine Bombe bei meiner Breslauer Kundschaft eingeschlagen — — —

Weiter wird ihr mitgeteilt, daß sie unter diesen Umständen (gemeint: gesenkte Preise) nicht weiter beliefert werden kann!

Kommentar hierzu überflüssig! Nur weiter so, Herr Reichsarbeitsminister, Löhne durch Schiedssprüche herunter und Preisabbau von den Herstellern verboten, so wird die deutsche Wirtschaft bald gesunden.

Leistungsprüfung bei den Arbeiterstenographen

Die Freie Stenographen-Vereinigung Breslau, die größte Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet, veranstaltete im vergangenen Monat ein Wertungsschreiben zur Feststellung der Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder. Geschrieben wurde in der Geschwindigkeit von 60 bis 240 Silben. Bei der Bewertung der Arbeiten konnte die Prüfungskommission erfreulicherweise ein weiteres Steigen der Leistungsfähigkeit der Mitglieder feststellen. Besonders bemerkenswert war der Anteil der preiswürdigen Arbeiten in den höheren Geschwindigkeiten, deren Anfertiger Handarbeiter waren. Durch diese Prüfung wurde erneut die Behauptung der Gegner der Reichskurzschrift entkräftet, die die Reichskurzschrift als zu schwer erlernbar für die Arbeiterschaft bezeichnen. Auch bei den letzten Handelskammerprüfungen beteiligten sich 15 Mitglieder des Vereins, davon 13 mit gutem Erfolge. Die Ergebnisse dieser Prüfungen zeigen deutlich, daß die Freie Stenographen-Vereinigung mit ihren zehn verschiedenen Uebungskursen eine gute Pflegestätte der Kurzschrift für die klassenbewußte Arbeiterschaft ist und daß es die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft nicht notwendig hat, bürgerlichen Vereinen anzugehören.

Gedächtnis-Ehrung für Tschirn

Die Monistische Gemeinde E. V. Breslau, als Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit, wird die Mittwoch, den 17. Juni, 19½ Uhr, stattfindende Gemeindeversammlung dem Andenken Gustav Tschirns als Ehrenvorsitzenden des Bundes und langjährigen Sprechers und Lehrers unserer Gemeinde widmen und zu einer Tschirn-Gedächtnisehrung ausgestalten. Auch wird der Bericht vom Bundestag gegeben.

Sonntag, den 21. Juni, 16 Uhr, findet unser Sommersonnenwendfest in der Riviera, Eichenparkstraße statt. Der Eintritt ist frei und sind Gesinnungsfreunde hierzu eingeladen.

Tobsuchtsanfall auf dem Johannisfestplatz

Auf dem Johannisfestplatz erlitt gestern nachmittag ein Besucher, der Arbeiter D. aus der Neuen Weltgasse plötzlich einen Tobsuchtsanfall und mußte mit einem herbeigerufenen Krankenwagen in die Nervenheilanstalt in der Einbaumstraße geschafft werden.

13 Wohnungseinbrüche auf dem Kerbholz

Die Kriminalpolizei hat den 35jährigen Bäcker und Konditor P. Sch. verhaftet und ihm 13 Wohnungseinbrüche nachgewiesen, die er im Laufe eines Jahres verübt hat. Dabei sind ihm Schmucksachen, Kleidungsstücke und Bargeldbeträge im Gesamtwerte von 12 500 Mark in die Hände gefallen. Nur ein Teil dieser Beute konnte noch herbeigeschafft werden.

Beim Baden bestohlen

Als am Sonntag nachmittag ein Elektromaschinenbauer aus der Opitzstraße mit einem Berufskollegen aus der Theresenstraße in der Nähe von Lanisch in der Oder badeten, hat sich unbemerkt jemand an die 50 Meter vom Ufer entfernt liegenden Kleider der beiden Männer herangepirscht und dem einen eine Junghanstaschenuhr und ein Portemonnaie mit 2,50 Mark, dem anderen dagegen ein Portemonnaie mit 8 Mark aus den Taschen gestohlen.

Unverständlicher Vandalismus

Ende voriger Woche sind von unbemerkten Tätern in einer Baumschule in der Karl-Marx-Straße bei 65 Obstbäumen die Kronen abgebrochen. Dem Baumschulenbesitzer ist dadurch ein Schaden von 250 Mark verursacht worden. Man muß sagen, daß solches Tun eigentlich sinnlos erscheint, denn die Täter haben sich doch mit ihrem Frevel wirklich keinerlei persönlichen Nutzen verschafft. Man kann nur annehmen, daß es sich um ganz unmotivierten Vandalismus oder aber um einen Racheakt handelt. Der Geschädigte hat 50 Mark Belohnung ausgesetzt.

Künstlerelend

Infolge der vor etlichen Tagen erfolgten Schließung des Breslauer Schauspielhauses ist jetzt das gesamte Orchesterpersonal, und das technische und künstlerische Personal stellungslos geworden und somit zum weitaus großen Teile auf die Erwerbslosenfürsorge nunmehr wie andere unglückliche Klassengenossen und Genossinnen angewiesen. So sind Musiker und vom technischen Personal etwa je 25 Personen beschäftigungslos geworden und müssen sich somit jetzt an bestimmten Tagen der Woche zum „Stempeln" einfinden. Beim künstlerischen Personal liegt es jedoch wesentlich nicht anders. Hier gelang es allerdings einem größeren Teile der Berufsgenossen und Genossinnen noch rechtzeitig vor Schließung des Musentempels vor allem Engagements mit Direktionen schlesischer Kurtheater-Bühnen abzuschließen, während der Kreis der Uebriggebliebenen nunmehr auch den traurigen Gang zu ihrer Stempelstelle antreten müssen und da warten, warten, bis auch für sie — möglicherweise einmal — geeignete Arbeit sich bietet. Das Schicksal des Theaters selbst ist, wie wir weiter hören, zurzeit noch unentschieden. Dies ist alles in allem ein tieftrauriges Kapitel von Künstlers Erdenwallen oder glänzendem Elend.

Radrennen in Grüneiche

Bei prachtvollem Wetter, aber schlechtem Besuch, es werden kaum 2000 Zuschauer gewesen sein, ging auf der Radrennbahn Grüneiche das dritte Rennen dieses Jahres vor sich. Wie immer, waren die Steherrennen von besonderem Interesse, zumal eine recht gute Besetzung für spannende Kämpfe sorgte. An Stelle des vor einigen Tagen beim Training gestürzten Breslauer Junge, hatte man in dem Braunschweiger Jürgens einen Fahrer großer Klasse engagiert, der hinter Müller, Berlin, besonders im letzten Lauf des „Großen Preises des Johannisfestes" ein bestechendes Rennen fuhr. Leider hatte er das Unglück, in der 55. Runde zu stürzen, und mußte verletzt vom Platze getragen werden. In allen drei Läufen dieses Rennens spielten Schmidt (Dresden), hinter Jahn (Dresden), Resiger (Breslau) hinter Paul Thomas (Breslau) und Jürgens die Hauptrolle, während die übrigen Fahrer ein recht schwaches Rennen fuhren. Den ersten Lauf gewann Schmidt knapp vor Jürgens, den zweiten ebenfalls Schmidt vor Jürgens, während im dritten Lauf durch den Sturz Jürgens der Breslauer Resiger an zweiter Stelle endete. Im Gesamtergebnis siegte Schmidt (90 Kilometer in 78,56 vor Resiger, der 1500 Meter zurücklag. Aus den Vorläufen um „Die deutsche Fliegermeisterschaft" hatten sich Kießlich (Breslau), Rieger (Breslau), Knappe (Breslau) und Ehmer (Berlin) hervorgearbeitet, die auch in der angegebenen Reihenfolge im Endlauf einkamen. Im „Tandem-Hauptfahren" siegten Knappe-Rieger vor Ehmer-Nickel, während sich das Entscheidungsfahren Stupinski (Breslau) holte.

Aschenbahnrennen am 19. Juni

Das 2. Aschenbahnrennen dieses Jahres kommt nun zur Durchführung. Schwierigkeiten besonderer Art traten immer wieder hemmend in den Weg, so daß schon viele Karteninhaber in begreifliche Verlegenheit gerieten. Nun ist jeder Zweifel behoben, die Karten, die noch im Besitz eines kleinen Teils des Publikums sind, behalten ihre Gültigkeit für das nächste Aschenbahnrennen am kommenden Freitag. Dieses Rennen soll in jeder Beziehung für die lange unfreiwillige Wartezeit entschädigen; denn das Programm ist mit einer Sorgfalt zusammengestellt, die dem verwöhntesten Geschmack entgsprechen muß. Die Verhandlungen mit verschiedenen bedeutenden Fahrern sind bereits zum Abschluß gelangt.

Neben Sebastian Roth, Oberhausen, dem es gelungen ist, in einem harten Zweikampf den Weltmeister Sproudes Elder einwandfrei zu schlagen, wurde es auch möglich, Svend Aage Engstroem, den Rekordinhaber der Breslauer Bahn, den unbedingt besten dänischen Aschenbahnfahrer, nach Breslau zu verpflichten. Ein Zusammentreffen Engstroem—Roth dürfte wohl das interessanteste Ereignis der diesjährigen Saison sein, eine Sensation, die zurzeit keine andere deutsche Aschenbahn bieten kann.

Da am Freitag auch die Ostdeutsche Meisterschaft, die Engstroem im vorigen Jahre so überzeugend gewann und die er nunmehr verteidigen muß, ausgetragen wird, ist ein weiteres spannendes Moment für diesen Abend gegeben. Es ist selbstverständlich, daß auch die schlesische Elite am Start erscheint. Graf Schweinitz, der am Sonntag in Beuthen in einen bösen Sturz mit Kirchner verwickelt wurde, wird hoffentlich bis zum Freitag wieder auf der Höhe sein, um sich für die von dem Wiener Killmeyer bezogene Niederlage zu revanchieren.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß selbst bei starkem Regenfall durch eine zweckentsprechende Aenderung der Bahnanlage dafür Sorge getragen wurde, daß die Bahn in Zukunft nicht wieder für ein Rennen unbrauchbar werden kann.

Autobusfahrten in die Schlesischen Gebirge

Der Schlesische Verkehrs-Verband veranstaltet in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr-Nordmark folgende Autobusfahrten: Mittwoch, den 17. Juni, zur Gärtnerei Liebichau und Bad Salzbrunn. Abfahrt 14 Uhr durch das Zobtengebirge und Goldenen Wald nach Liebichau. Besichtigung der Fürstlich Pleßschen Gärtnerei und weiter nach Bad Salzbrunn. Rückkunft gegen 22½ Uhr. Preis 5,50 Mark.

Montag, den 21. Juni, nach der Heuscheuer und Bad Reinerz. Abfahrt 6 Uhr durch das Nimptscher Bergland, Eulengebirge, über Wünschelburg nach Karlsberg. Besichtigung der Heuscheuerfelsen, Mittagspause. Weiterfahrt 15¼ Uhr nach Bad Reinerz. Rückfahrt über Volpersdorfer Paß mit Abendpause in Reichenbach. Rückkunft gegen 23 Uhr. Preis 8,75 Mark.

Donnerstag, den 25. Juni, Fahrt durch das Katzengebirge nach Trebnitz und Obernigk, bei dreistündiger Pause in Trebnitz; Besichtigung der Klosterkirche, Gelegenheit zum Baden im Strandbad. Abfahrt 14½ Uhr. Rückkunft gegen 20 Uhr. Preis 2,80 Mark.

Die Abfahrt erfolgt jeweils Breslau, Tauentzienplatz (Südseite). Numerierte Karten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Breslau, Gartenstraße 96 (Telefon 524 21), werktäglich von 8 bis 19 Uhr erhältlich.

Eltern der Siedlung Pöpelwitz

schickt eure Kinder zur Erlernung des Schwimmens in die neugegründete Abteilung der Freien Schwimmer Breslau, die in dem herrlichen Coseler Waldbade und dem Freibad Westend ihre Uebungen abhalten. Schwimmunterricht auch an Erwachsene und Jugendliche durch Vereinsangehörige. Meldungen bei Genossen Max Wuischke, Posener Str. 51, und in den Bädern bei den Funktionären des Vereins.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter

Die für Mittwoch, den 17. Juni angesetzte Fachgruppenversammlung muß wegen der Parteivertreterversammlung und der Beerdigung des Kollegen Rösler ausfallen, und findet die Versammlung deshalb am Dienstag, den 23. Juni, 19 Uhr, im Lokal von Ruppricht, Uferstraße 48, statt.

Die Fachgruppenleitung.

Kasernenzauber

Deli

Ein Idyll vorrevolutionärer Zeit aus einer k. u. k. Garnison — breit, schwunglos, mit uralten Witzen und trivialster Komik. „Stramme" Soldaten und „fesche" Maderln, der edle, aber verschuldete Leutnant mit dem Burschen, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Als Konzession an den Zeitgeist wird der Herr Korporal als Leuteschinder von seinen eigenen Kameraden abgelehnt und alles verläuft im seligsten happy end. Bierfischerinnerung an die verflossene Militärzeit eines Kleinbürgergehirns mit Untertanssehnsuchten. Wir sind noch nicht in den Hundstagen, daß man solche Minderwertigkeiten bei ausgetrocknetem Gehirn widerspruchslos hinnehmen könnte. E. R.

Von der Feuerwehr

Gestern, kurz nach 11 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Telegraphenstraße 4 alarmiert. In einem Wirtschaftskeller waren eine Kiste, Säcke und Kleinholz durch Unvorsichtigkeit beim Umgange mit Feuer und Licht in Brand geraten. Das Feuer wurde mit der Eimerspritze abgelöscht. — Kurz nach 15 Uhr erfolgte ein Alarm nach Steinstraße 23/27. Auf dem Boden einer Seifenfabrik waren ungefähr 2 Meter Starkstromkabel sowie auch bereits ein Teil eines Dachbalkens in Brand geraten. Nach Stromlosmachen der Leitung wurde das brennende Kabel herausgeschnitten und somit die Gefahr beseitigt.

Stadträte und Stadtverordnete

Dienstag, 20 Uhr, Fraktionssitzung im Gewerkschaftshause.

Bei längerer Abwesenheit des Fernsprechteilnehmers

vom Wohn- oder Geschäftsort bleiben die Fernsprechgebühren oft unbezahlt. Zur Vermeidung einer Anschlußsperre empfiehlt es sich, vor Antritt einer Reise entweder die Rechnung durch einen Familienangehörigen, Angestellten usw. bezahlen zu lassen oder einen ausreichenden Betrag auf das Postscheckkonto der Vermittlungsstelle einzuzahlen oder die Vermittlungsstelle schriftlich zu verständigen, wohin die Fernsprechrechnung während der Abwesenheit geschickt werden soll. Abwesenheit befreit nicht von der rechtzeitigen Zahlung der Fernsprechgebühren.

In der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge

spricht anläßlich der Ausschußsitzung am Mittwoch, den 17. Juni, 20 Uhr pünktlich, im Schwurgerichtssaal des Landgerichtsgebäudes (Eingang Neue Graupenstraße) Studienrat Dr. Baginski über: Die Charakterbildung des Jugendlichen durch die Schule".

Wirtschaftskrise und Friedensidee

Über dieses Thema spricht Mittwoch, 17. Juni, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, Dr. Treuenfels in einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Arbeitslosigkeit und Bauwirtschaft.

In der Erkenntnis, daß die Bauwirtschaft, in ihrer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft richtig erfaßt, hervorragende Möglichkeiten zur Belebung unseres Wirtschaftslebens und damit des Arbeitsmarktes bietet, haben die bauwirtschaftlichen Verbände Schlesiens sowie die Gruppe Schlesien des Bundes Deutscher Architekten und die Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Architekten, Landesgruppe Schlesien, zu einer Veranstaltung auf Donnerstag, den 18. Juni 1931, 11 Uhr im Hotel „Schlesischer Hof", Breslau, eingeladen, auf der Universitätsprofessor Dr. rer. pol. H. Bechtel-Breslau, Stadtrat Dr. Lehmann-Liegnitz und Architekt BDA. Häusler-Breslau sprechen werden. Teilnehmerausweise sind kostenfrei von Herrn Dipl.-Ing. Weber, Breslau 5, Freiburger Straße 42, 1. Etage (Fernruf 573 02), erhältlich.

Arbeiter-Sport

Auf, zur Olympiade nach Wien!

Das Arbeiter-Sportkartell schreibt: Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem großen, internationalen Treffen der Arbeitersportler. Fieberhaft wird in Wien in allen Ausschüssen gearbeitet, um eine glatte Abwicklung der gewaltigen Demonstrationen zu ermöglichen. Arbeiter-Olympiaden sind Verbrüderungsfeste der internationalen werktätigen Bevölkerung. Daran teilzunehmen, muß das Bestreben jedes einzelnen sein. Liegen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns äußerst ungünstig, so hoffen wir doch, daß alle diejenigen, denen es noch möglich ist, die Olympiade besuchen werden.

Der Sonderzug verläßt Breslau am 22. Juli, 5,43 Uhr morgens. Der Fahrpreis stellt sich ab Breslau auf 11,10 Mark. Sollten 600 Teilnehmer zusammenkommen, dann tritt eine weitere Ermäßigung ein, die später zurückgezahlt wird.

Gewerkschafts- und Parteigenossen, welche den Sonderzug nach Wien benutzen wollen, müssen sich sofort im Büro des Arbeiter-Sportkartells, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, melden. Außer dem oben angegebenen Fahrgeld ist der Festbeitrag in Höhe von 4,20 Mark zu entrichten. Meldet umgehend. Schluß: 20. Juni.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

2. Frauen-Abteilung. Pferd-Sprungriege 18. Juni, 20 Uhr, Schwerin-Turnhalle. — 24. Juni Stadion.

Wassersport

Freie Rudervereinigung. Läufer! Mittwoch im Stadion.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau. Wienfahrer! Bahngeld, 22.20 Mark bis heut abend im Bootshaus abliefern, sonst Streichung.

Fußball

Gesellschaftsspiele im Fußball am 20. Juni. 18,30 Uhr: 1924 I — Blau-Weiß I; Schlachthof; 222. 17,00 Uhr: 1924 II — Blau-Weiß II; Schlachthof; 103. 18 Uhr: V.f.B. I — Wacker I; Oltaschin; 54. 18 Uhr: Hertha I — Oswitz I; Gräbschen; 32. 16,30 Uhr: Hertha 1. Jgd. — Stern 1. Jgd.; Gräbschen; 77.

Am 21. Juni. 16 Uhr: Jordansmühl I — Koberwitz I; Jordansmühl; 64. 14 Uhr: Jordansmühl II — Koberwitz II; Jordansmühl; 64. 16,30 Uhr: Strehlen I — V.f.B.-Brieg I; Strehlen; 83. 17 Uhr: Ohlau I — Askenia I; Ohlau; 162. 17 Uhr: Trebnitz I — Obernigk I; Trebnitz; 18. 15 Uhr: Trebnitz II — Obernigk II; Trebnitz; Herold. 13 Uhr: Trebnitz 1. Jgd. gegen Obernigk 1. Jgd.; Trebnitz; 18.

Am 24. Juni. 18 Uhr: Silesia-Kickers III — Wacker III; Stadion; 139.

Athletik

Arbeiter-Athleten Breslau, 1. Bezirk. Vereinsvorsitzende Dienstag, 19,30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Jugendgruppe. Heute, 19½ Uhr, Sprechchorprobe. Desgleichen morgen, 19½ Uhr.

Wasserstand

	16.6.	15.6.		16.6.	15.6.
Krakau	0.94	0.99	Ratibor (Unter-Pegel)	2.12	2.16
Neiße (Stadt)	−0.58	−0.58	Oderwitz	1.33	1.32
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.58	1.68	Durchflußmenge (sekundlich)	79	88
Oder (Marktbrücke)	2.00	2.12	Flußgebiet vom 15. 6.	0.51	—
Tschirne	1.06	1.02	Wassertemperatur	20°	

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170. Telefon Nummern 59060—59061. Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr.

Die Beerdigung des Genossen Rösler findet am Mi[ttwoch] den 17. Juni, 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt. Fahnenträger der Distrikte sammeln sich eine halbe Stunde am Eingange des Friedhofes.

Abteilung Scheitnig. Dienstag, den 16. Juni, 20 Uhr, im Lessing, [illegible] straße: Abteilungsversammlung. Redner: Genosse Lehmann. Thema: [illegible] parteitag — Notverordnung. — Am Mittwoch haben wir Ordnerdienst [illegible] Vertreterversammlung, nicht, wie zuerst irrtümlicherweise angegeben [illegible] Ohlauer Tor.

Abteilung Oder- und Sandior. Dienstag, den 23. Juni, 20 Uhr, im [illegible] keller", Kletschkaustraße: Oeffentliche Frauenversammlung. Redner: Dr. [illegible] Thema: „Was die arbeitende Frau von ihrem Körper wissen muß."

Distrikt 8. Sonnabend, 14 Uhr, am Distriktslokal Busch, Glogauer [illegible] zum Abmarsch zum Kinderfest in der „Daglerherberge". Die Nachbardistr[illegible] ebenfalls eingeladen.

Distrikt 17. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr, bei Gardyon, Be[illegible] straße 12: Wichtige Funktionärversammlung.

Distrikt 18. Unser Nähabend findet wegen der Vertreterversammlung [illegible] Donnerstag, den 18. Juni, bei Krause, Neue Weltgasse, statt.

Distrikt 20. Unsere Distriktsversammlung findet am heutigen [illegible] abends 8 Uhr, bei Simon, Hubenstraße 15, mit einem Bericht über den [illegible] parteitag von Genossen Kirstein statt.

Distrikt 37. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, bei Wolf, Hipp[illegible] Funktionärversammlung.

Distrikt 52. Die für den 20. Juni angesetzte Distriktsversammlung fä[illegible]

Sozialistische Arbeiterjugend

Rote Falken 2. Donnerstag im Heim: „Die Ziele der Roten Falke[illegible]

Sozialistische Studentenschaft

Heute, 20 Uhr, spricht im Heim Büttnerstraße 28/31 Genosse K[illegible] über „Reparationen und Wirtschaftskrise". Gäste willkommen!

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute, 20 Uhr, [illegible] folgende Veranstaltungen statt: Heim 1, Taschenstraße 29/31: Brettsp[illegible] Unterhaltungsabend. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 45: Vortrag über [illegible] neue Schankstättengesetz und die Jugend". Referentin: Kollegin Toni M[illegible] Zimmer. Heim 3, Sadowastraße 71: Arbeitsgemeinschaft über „Jug[illegible] Gesellschaft". Referent: Kollege Böer. Heim 4, Michaelisstraße 73/80: [illegible] über „Heiteres und Ernstes aus Wahl und Arbeitskämpfen". Referent: [illegible] Funke. Donnerstag, den 18. Juni, ab 19,30 Uhr, Heim 1 und 4 Bew[illegible] spiele auf der Blitzwiese, Friedrich-Ebert-Straße. Heim 2 ab 19,30 Uhr: [illegible] und Sport auf den Eichenparkwiesen. Heim 3 ab 19,30 Uhr: Bewegungsspi[illegible] der Lindenwiese. — Achtung! Meldeschluß für Reichsjugendtag, [illegible] fahrten und Werbewettbewerbsaufnahmen ist der 30. Juni.

Freidenkerjugend

Heute, pünktlich 19¾ Uhr, im Heim Magdalenengymnasium: J[illegible] gruppenabend.

Monistische Jugend

Heute, 19 Uhr, treffen sich alle im Heim zur Sprechchorprob[illegible] 20 Uhr Vortrag des Genossen Machek über „Die Bedeutung des Strato[illegible] fluges" und „Die Nordpolexpedition Dr. Wilkins". Gäste willkommen!

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde

Achtung, Elternmitglieder! Zu der gestrigen Notiz wegen Beteiligu[illegible] Lamsdorfer Lager muß mitgeteilt werden, daß auch Jung- und Rotfalken, [illegible] an der vierwöchentlichen Kinderrepublik nicht teilnehmen können, 14 Tag[illegible] in Lamsdorf ihre Ferien verbringen können. Der Beitrag erhöht sich um 2[illegible] Meldet bis 18. Juni sofort noch alle Falken an.

Abteilung 2. Elternmitglieder! Die für Mittwoch geplante [illegible] versammlung muß auf nächste Woche verlegt werden.

Abteilung 3 (Oderior—Sandior). Dienstag, 16 Uhr: Jung- und Ro[illegible] Hindenburgbrücke. Baden ins Poseidon. 5 Pf. Mittwoch, 17 Uhr: Spi[illegible] Brigittenthal; Sparen. Spiel und Tanz für Rest-, Jung- und Ro[illegible] Donnerstag, 17 Uhr, Rosenschule Jungfalken Kartenlesen; Jungfalken 2 [illegible] gliederversammlung. Freitag, 17 Uhr, Restfalken 3 Kletschkauschule. Reise[illegible] Rosenschule. Jungfalken 3 Jause-Stunde. Sonnabend, 22 Uhr, alle Jun[illegible] Rotfalken Nachtmarsch mit Zeltlagergepäck. Mittwoch, den 24. Juni, 20 [illegible] Elternversammlung im „Bergkeller". Feriengestaltung.

Abteilung 4. Alle Rotfalken Mittwoch, 15 Uhr, zu Sport und Sp[illegible] Eichenpark. Jungfalken 17 Uhr Jause-Stunde im Heim. Donnerstag Jun[illegible] Rotfalken Baden. Treffpunkt 16,30 Uhr am Westpark.

Abteilung 6 (Strehlener Tor). Alle Republikfahrer sind 17 Uhr i[illegible] Heim Wolfswinkel zur Besprechung über Kinderrepublik-Vorarbeit.

Abteilung 9. Dienstag: Jungfalken 5 Uhr Mühlberg; Außenspiele, [illegible] woch: Rotfalken 5 Uhr. (Siehe Arbeitsplan.) Freitag: Restfalken 5½ Uhr [illegible] berg. Donnerstag, 20 Uhr, in der Schule Elternversammlung. Thema: [illegible] und Lüge".

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Die Beerdigung des verstorbenen Kameraden Heinrich Rösler [illegible] Mittwoch, 16 Uhr, von der Krematoriumshalle in Gräbschen aus statt. [illegible] liche Bannerfahnen sowie die Kameraden des Ortsvereins sammeln s[illegible] 13,30 Uhr an der Endstation der Straßenbahn in Gräbschen. — Walde[illegible] fahrer. Die Kameraden, we[illegible] das Fahrgeld an ihr Banner noch nic[illegible] geliefert haben, holen dieses umgehend nach. — Jungbanner. Heute, Di[illegible] Antreten sämtlicher Jungbannerkameraden. Keiner darf fehlen. Die S[illegible] treten wie folgt an: Ost: 19,40 Uhr Teichäcker; West: 19,40 Uhr Wachwiese; [illegible] 19,50 Uhr Museumsplatz; Nord: 19,40 Uhr Gneisenauplatz. Der Spielma[illegible] Ost ist ebenfalls zur Stelle. Die Vollmusik tritt um 20 Uhr am Platz der Re[illegible] (Reichsbank) an. — **Spielmannszug Nord.** Heute, 20 Uhr: Neben [illegible] Materioschule. — **Vortrupp.** Sämtliche Waldenburgfahrer sind Donnerstag, [illegible] im Elisabethgymnasium zum Antreten. — **Vortrupp Nord.** Heute, Dienstag [illegible] wir zum Liederabend im Heim. — **Vortrupp West.** Morgen Diskussionsabe[illegible] Heim Anderssenschule. — **Banner 11** (Reuter). Morgen, 20 Uhr: Antreten [illegible] Turnhalle Lehmdamm. Waldenburg-Fahrer holen sich bereits um 18 Uhr di[illegible] scheine Mehlgasse 43 ab.

Vereinskalender

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter. Die für Mittwoch, den 17. Juni, angesetzte [illegible] gruppenversammlung muß wegen der Partei-Vertreterversammlung und [illegible] Beerdigung des Kollegen Rösler ausfallen und findet die Versam[illegible] deshalb am Dienstag, den 23. Juni, um 19 Uhr im Lokal von Ruppricht, [illegible] straße 48, statt.

Die Fachgruppenleitung.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krie[illegible]

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten)

Mit großer Geschwindigkeit ist die Störung 30 B, die am Sonntag [illegible] britischen Inseln und Frankreich erschien, ostwärts über Mitteleuropa [illegible] gedrungen. Ihr folgt eine neue Störung 30 C. Die Zufuhr maritimer Luft[illegible] hält daher über Mitteleuropa an. Die Witterung bleibt etwas wechselhaft.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei zeitweise auffrischendem südwestlichen bis westlichem Winde wei[illegible] vorübergehend noch aufheiterndes, mäßig warmes Wetter, später [illegible] Gewitterschauer.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Frischer West, wechselnd bewölkt, später wieder Gewitterschauer, Temperat[illegible] wenig verändert.

Akademische berufstätige Frauen an die Front!

Der Kampf der erwerbstätigen Frau um ihre Rechte an Beruf und Verdienst hat eine Gruppe von Frauen zur stärkeren Aktivität geführt, die über den Rahmen ihres engeren Berufsinteresses hinaus bisher in nur sehr geringem Maße die Notwendigkeit des solidarischen Zusammenhaltens erkannten. — Die Breslauer Akademikerinnen haben die Ortsgruppe des deutschen Akademikerinnenbundes gegründet. Die Vereinigung, zu deren Konstituierung sich etwa 70—80 Aerztinnen, Philologinnen, Juristinnen und Studentinnen aller Fakultäten im Frauenklub zusammengefunden hatten, nimmt außer den dem D.A.B. angeschlossenen örtlichen Fachverbänden einzelne ernatrikulierte Akademikerinnen und Studentinnen auf. Wie Dr. jur. Gerichtsassessorin Kalisski-Friedrich in einem sachlich gehaltenen Einführungsvortrag darlegte, will die neue Organisation die ideellen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten und schützen. Ideelle Momente: das sind nach den Satzungen die Sicherung des Einflusses und der Geltung der akademischen Frau im deutschen Kulturleben. Wirtschaftlich soll der Zusammenschluß vor allem die Abwehr eines Sonderrechts für die berufstätige Frau ermöglichen. Seine wichtigste Aufgabe ist im gegenwärtigen Moment der Kampf gegen die ungerechte Entfernung der Frau aus dem Wirtschaftsleben, für die ihr in der Weimarer Verfassung garantierte Gleichberechtigung.

Die Erkenntnis, daß die dazu notwendigen Aktionen nur durch eine alle Akademikerinnen umfassende Organisation ermöglicht werden können, gibt die Berechtigung zu Gründung einer solchen Ortsgruppe. — Inwieweit allerdings die Absicht, sie über alle beruflichen, politischen und weltanschaulichen Sonderinteressen hinaus neutral zu erhalten, sich wird verwirklichen lassen, muß die Zukunft lehren. Meistens lehrt sie, daß gerade im Kampf um soziale Ziele bereits der taktische Weg dahin die Geister scheidet. — Wirkliche Aktionen erfordern einseitig klare scharfe Stellungnahme. Das sind Erkenntnisse, um die der Vorstand der Ortsgruppe bei diesem Teil seiner Aufgaben nicht herum kommen wird.

Das gesellige Moment, den Kontakt zwischen allen berufstätigen Akademikerinnen einerseits und den Studentinnen andererseits herzustellen, um der Studentin mit Rat und Hilfe beizustehen, ebenso wie aus dem Gedankenaustausch mit ihr Anregungen zu empfangen, ist das Ungefährlichere und leichter zu Verwirklichende. Wie die Mitgliedsliste ergab, in die sich bisher zirka 90 Namen eingezeichnet haben, stellen die Studentinnen fast ein Drittel. Bei einigem guten Willen kann also die menschliche Verständigung nicht schwer zu erreichen sein. Von den übrigen Programmpunkten sei erwähnt, daß die Ortsgruppe beabsichtigt, durch geeignete Vorträge Verbindung mit anderen Frauenorganisationen zu suchen, sich nicht aus dem Kreis der berufstätigen Frauen irgendwie klüngelhaft abzusondern, sondern praktische Zusammenarbeit anzubahnen. In der Art der Auswahl dieser Frauenverbände wird man den Geist der Akademikerinnengruppe erkennen.

Daß dieser Geist nicht immer mit dem beabsichtigten Prinzip übereinstimmt, klang schon bei der ersten Zusammenkunft durch. Es nützt nicht viel, programmatisch von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zu sprechen, wenn man — wie eine Referentin tat — gleichzeitig mit der Erwähnung der Vorkommenheit französischer Akademikerinnen gegenüber der deutschen Kollegin bei ihrer Studienreise nach Frankreich da[illegible] erzählt, daß man in Paris „ganz unfranzösisch, sauber und [illegible] fortabel" in einem amerikanischen Clubhaus untergebracht wo[illegible] Darin steckt ein gut Teil — nicht nationaler Gesinnung, [illegible] sondern nationaler Ueberheblichkeit. Kritik an solcher Geisti[illegible] würde das Niveau dieser Vereinigung nur heben — außerdem auch Klarheit der Richtung bringen.

Die Vorstandswahl, die sich unter etwas merkwürdig[illegible] im parlamentarischen Leben nicht gebräuchlichen Formen vo[illegible] (wie wär's, wenn einmal ein Vortragsabend über parlam[illegible] tarische Geschäftsführung angesetzt würde?) ergab fast [illegible] stimmig als erste Vorsitzende Frau Dr. Kalisski-Friedri[illegible] Die übrigen 6 Mitglieder, von denen 2 Sitze den Studentin[illegible] zufallen, wurden ebenfalls mit großen Mehrheiten gewählt. [illegible] nächste Zusammenkunft soll am 24. Juni stattfinden — man [illegible] absichtigt eine allgemeine Aussprache über Berufserfahrung[illegible]

Bedauerlicherweise hatte die gesamte bürgerliche Presse [illegible] diesen Zusammenschluß von Frauen, die doch in allererster [illegible] ihrer welt- und politischen Anschauung nahestehen, nicht ein[illegible] soviel Interesse aufgebracht, um einen Berichterstatter zu [illegible] senden. Ein bezeichnendes Beispiel, welche Wertung und [illegible] achtung die berufstätige bürgerliche Frau in ihren eigenen Kre[illegible] findet. Der Akademikerinnenverband wird sich hoffentlich [illegible] diese Beachtung zu erzwingen wissen.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Tabakarbeiter und Notverordnung

Das feierliche Versprechen der Regierung beim Erlaß des Tabaksteuergesetzes ist mit der feierlich erlassenen Notverordnung erledigt – Breslauer arbeitslose Tabakarbeiter protestieren

Die Notverordnung vom 5. Juni, die unter dem harmlosen Titel „Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" Reich und keinen Proleten vor weiterer Herabschraubung seines Lebensniveaus verschont, während sie den „Kapitalbildnern" und den „Agrariern" allerlei Erleichterungen bringt, ist ein ganz besonderer Schlag gegen die Tabakarbeiter. Die mit dem Tabaksteuergesetz vom 22. Dezember 1929 **geschaffene Sonderunterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter, die eben durch dieses Tabaksteuergesetz arbeitslos geworden sind, wird nach der neuen Notverordnung wirkungslos.** Nicht nur, daß diese Sonderunterstützung der Tabakarbeiter in Fortfall kommt, werden die arbeitslosen Tabakarbeiter auch die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungssätze gekürzt bekommen, wie alle übrigen Arbeitslosen.

Mit dieser durch ein paar Federstriche in Aussicht genommenen Streichung eines feierlich gegebenen Versprechens verbindet sich aber noch die weitere Ungerechtigkeit, **daß die aus diesem Anlaß für die Unternehmer vorgesehenen Entschädigungen weiter bezahlt werden.**

Mit diesem Abbau und den anderen sozialen Ungerechtigkeiten der neuen Notverordnung beschäftigte sich gestern eine von der Breslauer Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ins Gewerkschaftshaus einberufene überfüllte Protestversammlung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Der Kollege Langner ausführlich zu den Dingen Stellung nahm, alle die Ungerechtigkeiten kennzeichnete und die einzuleitenden Kampfmaßnahmen erörterte.

Er wies darauf hin, daß nicht nur der Abbau der Sonderunterstützung, sondern auch die Benachteiligung der Ehefrauen und der Jugendlichen bis zu 21 Jahren bei der Arbeitslosenversicherung unmögliche Zumutungen sind, die der Verbandsvorstand zum Anlaß genommen hat sich zur Wehr zu setzen. Er appellierte aber auch, zu einigem und geschlossenem Zusammenstehen, denn nur dadurch kann es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelingen, den Abwehrkampf aufzunehmen.

Nach einer kurzen Aussprache, in der die Erbitterung der arbeitslosen Kollegenschaft zum Ausdruck kam, nahm die Versammlung einstimmig die folgende Entschließung an:

„Die am 15. Juni ins Breslauer Gewerkschaftshaus einberufene Protestversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erhebt entschieden Protest gegen die in der neuen Notverordnung vorgesehene Beseitigung der Sonderunterstützung für die durch das Tabaksteuergesetz vom 1. Dezember 1930 verdienstgeschädigten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen. Das infolge der Tabaksteuergesetzgebung verursachte Elend ist bei den verdienstgeschädigten Tabakarbeitern groß und würde durch den Entzug der Sonderunterstützung unerträglich werden. Hilfe von den unterstützungspflichtigen Gemeinden ist nicht zu erwarten, da auch diese durch lange Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit sehr beeinträchtigt sind. Nach Erhebungen steht fest, daß heute noch über 50 000 Tabakarbeiter in Deutschland arbeitslos sind oder als Kurzarbeiter in Frage kommen. Eine weitere Stockung der Produktion macht sich wieder in einzelnen Bezirken bemerkbar, wodurch das Elend noch weiter vergrößert wird. Die Versammlung erwartet dringend, daß die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 für notwendig erkannte und zum Gesetz erhobene Sonderunterstützung nicht aufgehoben, sondern im vergrößerten Umfange weiter gewährt wird."

Eine ebenfalls angenommene Entschließung an den Magistrat der Stadt Breslau ersucht diesen, sich auch seinerseits gegen die Mehrbelastung zu wenden, die der Stadt Breslau mit dem Inkrafttreten der Notverordnung erwächst.

In seiner Entgegnung betonte der Verbandsvorsitzende Kollege Klebe, daß der Bundesvorstand des ADGB. überzeugt sein könne, daß der Verband zur Stelle sein werde, wenn der Ruf an ihn ergeht. — Damit war der Verbandstag eröffnet.

Kein Ende der Verhandlungen

im Ruhrbergbau

Die am Montag in Essen stattgefundenen Parteiverhandlungen zur Neuregelung des Lohntarifs des Ruhrbergbaus verliefen, wie vorauszusehen war, ergebnislos. Die Unternehmer spielten den Großmütigen. Sie erklärten, sie müßten eigentlich eine Lohnsenkung von 20 bis 25 Prozent fordern, sie wollten sich jedoch auf einen Lohnabbau von 10 Prozent zunächst beschränken. Weiter verlangten sie eine Ausdehnung des Kreises der Randzechen durch eine zwischentarifliche Vereinbarung.

Die Bergarbeitervertreter sagten den Unternehmern mit aller Deutlichkeit, daß für die Bergarbeiter der Lohnabbau die erträgliche Grenze bereits überschritten hat. Das Bergarbeitereinkommen sei durch Lohnsenkung, Feierschichten und Manteltarifverschlechterung so geschmälert, daß ein weiterer Lohnabbau gar nicht diskutiert werden könne. Die Forderung der Unternehmer sei schon deshalb abwegig, weil der Lohnanteil pro absatzfähiger Fördertonne seit dem Januar des vergangenen Jahres bis zum März dieses Jahres um 1,23 Mark oder rund 16 Prozent zurückgegangen sei. Wenn die Unternehmer durchaus eine Selbstkostensenkung brauchten, dann dürften sie an den übrigen Kostenfaktoren, vor allem an der Tatsache der Ueberkapazität des Ruhrbergbaus, nicht vorübergehen. Die geforderte Erweiterung der Randzechenklausel wurde von den Bergarbeitervertretern ebenfalls abgelehnt.

Die Schlichtungsverhandlungen finden am Sonnabend, dem 20. Juni, statt.

Reichskonferenz der Angestellten aus der Sozialversicherung

Die im Zentralverband der Angestellten vereinigten Angestellten und Beamten der Sozialversicherungsträger hielten in Dresden ihre Reichskonferenz ab. An der Tagung nahmen 300 Delegierte aus allen Teilen des Reiches und von allen Zweigen der Sozialversicherung teil.

Der frühere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell sprach nach dem Begrüßungswort des Verbandsvorsitzenden Urban über „Sinn und Grenzen der Sozialpolitik". Die Sozialversicherung, so betonte er, ist nicht Staatshilfe, sondern organisierte Selbsthilfe der großen Massen der Arbeitnehmer. An Stelle des individualistischen Sparens tritt das soziale Sparen. Der Glückliche tritt für den Unglücklichen, der Gesunde für den Kranken ein. Vorübergehend mag in Zeiten wirtschaftlicher Krisen auch das sozialpolitisch Erreichte angetastet werden, auf die Dauer jedoch kann die Reaktion den Ausbau der Sozialversicherung nicht hemmen. Es ist die große Aufgabe der Gewerkschaften, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft auf ein Mindestmaß einzuschränken. Die Gewerkschaften müssen die tragenden Säulen und treibenden Kräfte eines Weiterbaues der Sozialpolitik sein. Die Angriffe auf die Sozialversicherung erfordern heute auf seiten der Arbeitnehmer erhöhte Aktivität.

Der Reichsfachgruppenleiter Hugo Brenke gab den Geschäftsbericht. Die Konferenz faßte ihren Willen in zwei Entschließungen zusammen. Eine davon beschäftigt sich mit der grundsätzlichen Stellung des Verbandes zur Sozialversicherung, die andere enthält einen scharfen Einspruch gegen die sozialreaktionären Vorschriften der Notverordnung.

Was stört das den Junker?

Landarbeiterfrau stirbt infolge Ueberanstrengung

Ein grelles Schlaglicht auf die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft bietet ein Vorfall, der in Schweinhaus bei Balkenhain zum Tode einer Mutter von acht Kindern infolge Ueberanstrengung führte. Der als Ackerkutscher in Schweinhaus auf dem Gut beschäftigte Franke hatte sich, wie in der Landwirtschaft üblich, mit der Frau zur Arbeit verpflichten müssen. Vor einigen Tagen stellten sich bei der Ehefrau F. Blutungen ein, die immer schlimmer wurden. Da der Arbeitgeber wissen ließ, daß bei eventuellem Krankfeiern der Frau er den Mann als Freiarbeiter behandeln und ihm das Deputat entziehen werde, war die Frau aus Angst vor dieser Existenzverschlechterung nicht zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Die Erkrankung der Frau nahm aber nach wenigen Tagen eine so schlimme Form an, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, worauf sie bald verstarb. Die Rücksichtslosigkeit dieses landwirtschaftlichen Arbeitgebers hat also hier acht Kindern, darunter sechs schulpflichtigen, die Mutter geraubt.

Die Zahl der Erwerbslosen in England hat sich in der Zeit vom 18. Mai bis 1. Juni um 123 064 Personen vermehrt. Sie betrug am 1. Juni 2 629 971.

Generalversammlung der Maschinisten und Heizer

Im Dresdner Volkshaus wurde am Sonntag, die 17. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer durch den Vorsitzenden Klebe eröffnet. Herr Geißler-Dresden, Ministerialrat im Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium begrüßte den Verbandstag im Auftrage der sächsischen Regierung. Vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe grüßte Herr Ministerialrat Rühl-Berlin die Tagung. Im Auftrage der Dresdner Stadtverwaltung begrüßte Stadtrat Lander den Verbandstag. Jede moderne Stadtverwaltung habe ein großes Interesse an der Stärke und Geschlossenheit der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung sorge für Arbeiterschutz und versuche, die Kaufkraft der Mitglieder zu steigern oder zu erhalten. Die Begrüßungsrede des Dresdner Ortsausschusses des ADGB. hielt Kollege Krüger. Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wurde der Verbandstag von Händeler-Berlin gegrüßt. Redner streifte die Notverordnung und verwies auf die Belastung, die die mittlere und untere Beamtenschaft durch dieselbe aufgeladen bekomme.

Der frühere langjährige Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Scheffel-Berlin erinnerte an die gemeinsamen Kämpfe und Bemühungen, die den Aufstieg des Maschinistenverbandes begleitet haben. Es sei nicht leicht gewesen, den Verband vor 25 Jahren auf eine neue Grundlage zu stellen und seine Anerkennung bei den Unternehmern durchzusetzen. Der Verband habe stets gesiegt, wenn die Kollegen treu zusammenstanden. Seitens der ausländischen Gäste sprachen Hansen-Kopenhagen, Dostal-Prag und Heinz-Wien. Sie gingen auf die Verhältnisse ihrer Heimat ein und begrüßten es, daß die Möglichkeit vorhanden sei, innerhalb der Maschinistenintern ationale für die Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Ländern zu wirken.

Die Grüße des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übermittelte Kolleze Eggert-Berlin. Er führte etwa folgendes aus: Deutschland ist mit einem Schiff in Seenot zu vergleichen. Ungeheuerliches geht auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiete vor. Es besteht die Gefahr, daß die Krise zu einem furchtbaren Dauerzustand wird. Opfer sind dabei nicht zu vermeiden, aber es muß abgelehnt werden, daß diese fast ausschließlich auf die unteren Volksschichten gelegt werden. Diese Krise ist eine Krankheitserscheinung des Kapitalismus, der das Volk bei vollen Scheunen hungern läßt. Das deutsche Beispiel, die Löhne zu drücken, hat auf die übrigen Industrieländer abgefärbt. Die Arbeiterschaft will nicht zurück unter das Joch früherer Jahrzehnte. Die „reaktionäre Bande von Rhein und Ruhr", wie sich ein bürgerliches Blatt ausdrückte, wird nicht glauben, daß die Arbeiterschaft sich so ohne weiteres an die Wand drücken läßt. Wenn gesagt wird, daß die Deutsche Wirtschaft ohne staatliche Bindung gesund ist, so ist dies die Gesundheit eines Kannibalen, die ein Unglück der Nation bedeutet. Es ist unsere Aufgabe, hier klar zu erkennen, daß die Verhältnisse auf des Messers Schneide stehen. Jeder Tag kann eine Entladung bringen. Die Gewerkschaften werden ihre ganze Kraft einsetzen, um eine Katastrophe zu verhüten und die Arbeiterschaft zu Heloten herabzudrücken. In diesem Abwehrkampf kann der Verband der Maschinisten und Heizer eine nicht unwichtige Rolle spielen.

Der Dolchstoß Schacht's

und seine Wirkung

Trotzdem sich die Anforderungen an die Devisenbestände der Reichsbank am Sonnabend verringert haben — sie betrugen immer noch etwa 78 bis 80 Millionen Mark gegenüber 200 Millionen Mark am Freitag — hat sich die Reichsbank zu weitgehenden Verteidigungsmaßnahmen entschlossen. Das bedeutet Verteuerung der Gestehungskosten, aber auch Kreditverknappung und Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten und wir können nur sagen: Das ist das Geschoß Schachts und der Schwerindustrie.

Die Dinge haben sich so entwickelt, daß der sich Anfang Juni bemerkbar machende stärkere Geldabzug bei den deutschen Banken fast ausschließlich aus dem Ausland kam. Erst in der verflossenen Woche setzten auch deutsche Geldabzüge ein. Soweit das Ausland sich zu Geldabzügen entschloß, haben die Bankpleiten in Oesterreich eine Rolle gespielt. Der Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt hat die ausländischen Geldgeber stark beunruhigt und in Amerika, England oder Frankreich, wo man die Grenze zwischen Deutschland und Oesterreich nicht so genau zieht wie bei uns, sagte man sich, was in Wien vorgekommen ist, kann auch in Berlin passieren. Die deutschen Banken standen diesem Ansturm mit guten Nerven gegenüber. Sie haben getan, was jeder gute Kaufmann in einer solchen kritischen Situation tun muß: sie haben auf Heller und Pfennig die gekündigten und fälligen Forderungen ausgezahlt. Sie sind dazu in der Lage, weil sie sich in den hinter ihnen liegenden sehr guten Jahren eben entsprechende Reserven geschaffen haben. Natürlich griffen die Banken auch auf die Reichsbank zurück. Schon in dieser Zeit kostete der Abzug fremder Gelder aus Deutschland der Reichsbank jeden Tag weit über 50 Millionen Mark an Devisen und Gold. Am Schluß der ersten Juniwoche hatte die Reichsbank über 160 Millionen Mark von ihren Gold- und Devisenbeständen verloren.

Der Frage einer Diskonterhöhung, um den Abzug fremden Geldes aus Deutschland zu bremsen, ist die Reichsbank aus ganz natürlichen Gründen damals nicht nähergetreten. Der damalige Abzug fremden Geldes aus Deutschland beruhte ja nicht auf Rentabilitätsgründen. Immer noch ist Deutschland das Land, das weit höhere Zinsen zahlt als das Ausland und der ausländische Kapitalist verdient mehr, wenn er sein Geld nach Deutschland verleiht, als wenn er es den heimischen Banken anvertraut. Eine Erhöhung des deutschen Zinssatzes, des Reichsbankdiskonts, hätte die ausländischen Geldgeber nicht umstimmen können, hätte sie nicht bewegen können, ihr Geld in Deutschland zu lassen. Denn sie handelten eben aus der Angst heraus, ihr Geld nicht zu verlieren, durch irgendwelche Ereignisse in Deutschland nicht in ihrem Vermögen geschädigt zu werden. Durch einen höheren Zinssatz kann man wohl in normalen Zeiten einen Anreiz schaffen, Geld nach Deutschland zu verleihen, aber man kann die Angst des ausländischen Kapitalisten um sein Geld nicht beseitigen. Darum hatte die Diskonterhöhung gar keinen Sinn.

Gegen Ende der verflossenen Woche hat sich die Situation grundsätzlich geändert. Einmal ist die Angst des Auslandes durch die politische Entwicklung in den letzten Tagen gesteigert worden. Und man muß leider feststellen, daß die Steigerung der Nervosität bewußt durch die Schwerindustrie geschah. Es kam der Vorstoß gegen die Regierung Brüning. Wenn auch die schwerindustriellen Forderungen sich vorsichtig hinter einer sogenannten Umbildung des Kabinetts verbargen, so hat doch das Ausland gemerkt, daß es sich hier um eine Aktion handelt, hinter der die schwerindustrielle Diktatur nach dem Plan des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht steht. Diese Diktatur bedeutet aber nicht nur eine ungeheure Subventionierung der Groß- und Schwerindustrie auf Kosten der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft, sondern sie stellt auch einen Unsicherheitsfaktor dar, der die deutsche Kreditwirtschaft brachlegen muß. Mit dieser Diktatur ist der Name des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verknüpft. Es ist derselbe Herr Schacht, der vor einigen Wochen vor dänischen und schwedischen Zeitungsleuten erklärte, sofort die deutschen Zahlungen einstellen zu wollen, wenn er Diktator Deutschlands werde. Solche unbedachten Worte nationalverwahrloster Menschen kann man schließlich dementieren, aber man kann ihnen ihre Wirkung nicht nehmen. Der gegenwärtige Abzug fremden Kapitals aus Deutschland zeigt das. Derselbe Mann, eben Dr. Schacht, hat dann vor Tagen im schwerindustriellen Industrieklub erklärt, daß nicht jeder Kredit, der in Deutschland gekündigt wird, zur Auszahlung gelangen würde. **Das ist geradezu der Dolchstoß gegen den deutschen Kredit.** Und dieser Dolchstoß hat gesessen. Die Maßnahmen der Reichsbank beweisen das. **Kann man einem ausländischen Kapitalisten noch zumuten, sein Geld in einem Land zu belassen, wo frühere Reichsbankpräsidenten herumlaufen, die so etwas sagen dürfen, und die zum Dank dafür von einem, wenn auch kleinen, aber um so einflußreicheren Kreis für eine Diktaturregierung in Bereitschaft gehalten werden?**

Seit etwa Donnerstag und Freitag verflossener Woche wurde weniger ausländisches Kapital abgezogen. Statt dessen aber beteiligte sich das Inland stärker an der Flucht aus der Mark. Wir stecken wieder in einer Situation, wie nach den Hitlerwahlen im September 1930, wo deutsches Kapital nach Milliarden in die Schweiz und anderswohin geflüchtet war. Dieses Einsetzen der inländischen Kapitalflucht kommt nicht von ungefähr. Es ist eine Episode im Kampf der Schwerindustrie gegen die Regierung Brüning. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß gewisse Kreise an diese Kapitalflucht den Wunsch knüpfen, den Kanzler so auf die Knie zu zwingen. Durch den Sturm auf den Devisenmärkten soll der Weg für die Diktatur Schachts und Thyssens freigemacht werden.

Preußenkasse und Diskonterhöhung

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Preußische Zentralgenossenschaftskasse anläßlich der Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes um 2 Prozent den Zinssatz für die den genossenschaftlichen Zentralkassen zur Verfügung gestellten Hauptwechselkredite im allgemeinen nur um 1½ Prozent erhöht. Die in dieser Maßnahme liegende Rückkehr zu dem Vorkriegsprinzip der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, ihren Zinssatz nur teilweise an den jeweiligen Reichsbankdiskont anzulehnen, ist durch die Fortschritte ermöglicht, welche die Vereinheitlichung und Rationalisierung des genossenschaftlichen Mittelbaues sowie die damit verbundene Unkostenverminderung in den letzten Jahren herbeigeführt haben.

Die Preußenkasse greift somit die Zinssenkungsbestrebungen nunmehr von sich aus auf. Demgemäß hat sie den mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden genossenschaftlichen Zentralkassen, die Bedingung gestellt, die relative Verbilligung der Zinssätze um ½ Prozent den Genossenschaften und durch diese den letzten Kreditnehmern in vollem Umfange zugute kommen zu lassen. Die Innehaltung dieser Bestimmung wird von der Preußenkasse überwacht werden.

Die Vorgänge am Geldmarkte zeigen erneut die Notwendigkeit angemessener Liquidationsreserven sowie die besondere Bedeutung, die der rechtzeitigen Einstellung auf den durch die allgemeine Entwicklung bedingten Preisabbau zukommt. Im laufenden Geschäftsverkehr wird die Preußenkasse daher darauf hinwirken, daß die von ihr gewährte Erleichterung nicht zu einer Ausweitung der genossenschaftlichen Kredite führt. Ferner wird sie darauf halten, daß die Warengenossenschaften zwecks Vermeidung von Verlusten ihre Warenvorräte auf das geringstmögliche Maß beschränken.

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe?

Juristische Sprechstunde

Mittwoch und Sonnabend von 15 bis 16 Uhr, Redaktion „Volkswacht", Eingang Fränkelplatz.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn Rückporto beiliegt.

Sexualberatung

Sprechstunden jetzt Flurstraße 4, Hof, 2 Treppen, Dienstag und Donnerstag von 6½ bis 8½ Uhr abends. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben nicht erforderlich.

Erziehungs- und Jugendberatung

Flurstraße 4, Hof, 2 Treppen, Telephon 546 20

Auskünfte in Erziehungsfragen an Eltern und die heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr.

Hauspflege der Arbeiterwohlfahrt

Uebernahme von Familienpflege durch Hauspflegerinnen mit und ohne krankenpflegerische Vorbildung täglich von 10 bis 15 Uhr. Anfragen Flurstraße 4, Hof, 2 Treppen, Telephon 577 66.

Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosenkommission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Sprechstunden jeden Tag, außer Sonnabend und Festtag. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizulegen.

Allgemeine Wohlfahrtsangelegenheiten

Veränderte Sprechstunden der Allgemeinen Beratungsstelle

(Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten)

Die Nähkurse für jugendliche Erwerbslose, die in den Vormittagsstunden im Büro der Arbeiterwohlfahrt abgehalten werden, machen es erforderlich, die Sprechstunde der allgemeinen Beratungsstelle zu verlegen. Die Sprechstunde findet jetzt täglich von 11 bis 13 Uhr statt, außer Freitags und Sonnabends.

Wir müssen aber darauf hinweisen, daß im Interesse der nachgehenden Arbeit und der sonstigen Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt, die Sprechstunden streng innegehalten werden müssen. Vor 11 Uhr kann niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, ebenso nicht nach 13 Uhr. Wir bitten unsere Besucher dies zu beachten.

Außer der Zeit ist nur für Hauspflegeangelegenheiten und für die Mitarbeiter der AWA. geöffnet.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriebank Arndt, Breslau, Eckhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

1. Ziehungstag 15. Juni 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 207921 256281
8 Gewinne zu 2000 M. 124963 295295 337924 381794
30 Gewinne zu 1000 M. 46234 74444 91083 180204 186897 194083 195009 250562 252777 275058 290943 300316 339442 370144 396551
48 Gewinne zu 800 M. 18438 19367 24498 32444 40842 60912 77934 78780 81844 121637 162864 207566 219383 242460 277815 280804 291359 294782 326614 335937 345576 364802 375346 380064
48 Gewinne zu 500 M. 11402 13097 27132 73137 82274 97566 112155 161207 189884 194234 194357 231001 232236 237530 261244 273558 298836 324866 338675 368907 369153 380930 393877 398248

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 117106
2 Gewinne zu 10000 M. 231870
4 Gewinne zu 5000 M. 329344 346397
6 Gewinne zu 3000 M. 65081 314423 360332
4 Gewinne zu 2000 M. 35035 252366
24 Gewinne zu 1000 M. 13175 14508 39865 64856 86889 91991 154826 173500 182953 239532 294325 314978
30 Gewinne zu 800 M. 8020 13191 36530 60403 127645 159117 176659 182634 199056 199809 205205 216391 253586 326481 342096
50 Gewinne zu 500 M. 30823 37489 50794 51457 52866 68043 87970 93128 94964 95021 99126 121083 125640 136526 185099 206727 207813 224388 236909 242341 266009 279511 325241 350359 360856

Vermischtes

Das Grab in der Meerestiefe

Die Arbeiten, um das gesunkene englische Unterseeboot „Poseidon" zu heben sind eingestellt worden, da das Boot zwölf Fuß tief im Schlamm liegt. Die Bergungsschiffe sind in ihre Häfen zurückgekehrt.

Blutiger Streit auf dem Dorfe

In der Nacht zum Montag kam es im Dorf Kelze bei Kassel zwischen einer Gruppe junger Leute und dem 28jährigen Lehrer Teschke zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Teschke drei seiner Widersacher niederschoß. Der Lehrer wurde am Auge schwer verletzt. Die jungen Leute sollen den Lehrer zuerst gehänselt und dann schwer mißhandelt haben, so daß Notwehr vorliege.

Unglück beim Umbau

Sieben Arbeiter gerettet, der Bauführer erschlagen

In einer im Umbau befindlichen höheren Schule im Zentrum von Amsterdam, die sich in einem alten historischen Gebäude an einer der Grachten befindet, stürzte am Montag der M[illegible] des Gebäudes ein. Sieben Arbeiter, die in diesem T[illegible] Hauses arbeiteten, konnten sich retten. Sie trugen nur Verletzungen davon. Der Bauführer wurde unter den Tr[illegible] begraben und konnte nur als Leiche hervorgeholt werden.

Zugzusammenstoß in Rheinhessen

Im Bahnhof Auringen-Medenbach auf der Strecke [illegible] baden—Limburg stieß ein Personenzug auf einen ha[illegible] Güterzug auf. Zwei Reisende wurden schwer, mehrere le[illegible] letzt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht gek[illegible]

Breslauer Produktenbörse vom 15. Ju[illegible]

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 15. J[illegible] An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenlad[illegible] Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeu[illegible]

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide:	15.	12.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74,0 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	273.00	277.00
Hektolitergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	281.00	280.00
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	273.00	272.00
Sommerweizen, hart, glasig, 80 kg . . .	—.—	—.—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 70,5 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	206.00	205.00
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—
Hektolitergewicht von 68,5 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	203.00	200.00
Hafer, mittlere Art und Güte	200.00	200.00
Braugerste, feinste	—	—
„ gute	—	—
Sommergerste, mittlere Art und Güte . .	225.00	225.00
Wintergerste 63-64 kg	—	—

Tendenz: Brotgetreide fest.

Die P[illegible] stehen [illegible] 1000 kg [illegible] frei B[illegible] voll. 15 [illegible] lad[illegible]

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

		15.	12.
Weizenmehl	(70%)	39.75	39.75
Roggenmehl	(60%)	29.50	29.00

Tendenz: Fester.

	15.
Auszugmehl	45.75

Wir stützen die Repub[illegible]

deshalb lesen wir die Volkswa[illegible]

Täglich bis 28. Juni, von nachmittags 4 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannisfest

gegenüber der Jahrhunderthalle

mit großer Raubtierschau • Dressierte Eisbären, Löwengruppe

Sonntagsrückfahrkarten auch am 24.6. - Johannistag - dem Hauptelitetage von fast allen schlesischen Stationen

Heute Dienstag:

6 Uhr: **Ballon-Aufstieg** Eloira Wilson mit ihren aero-akrobatischen Künsten.

6 Uhr: **Boxkämpfe mit nationaler Besetzung** des Südostdeutschen Amateur-Boxverbandes.

Abends 10.20 bis 10.45 Uhr: **Rundfunkübertragung** vom Festplatz durch Redakteur **Matz** der Breslauer Neuesten Nachrichten. Anschließend **Uebertragung der Tanzmusik aus dem Johannisfest-Tanzpalast.**

Morgen Mittwoch:

Ein Freudentag der Kinder

mit besonderen Ueberraschungen. Beginn der Kinderspiele um **4 Uhr** (Kasperletheater, Präsentverteilung)

Kinder- und Jugendsport

der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik.

Gymnastikvorführungen von Jugendlichen. Knaben-Handballspiel: Polizeiverein—Reichsbahnsportverein, B-Jugend-Faustballspiel: V. f. B. — Polizeiverein.

Täglich große Sportkämpfe! Riesesehene Schaustellungen!

Eintrittspreise: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., Sonn- und Elitetage Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Dauerkarten, für alle Tage gültig, 2.— Mk. bei Barasch.

Die „Johannisfest-Zeitung" mit dem offiziellen Fest- und Sportprogramm ist überall erhältlich.

STADTTHEATER

Dienstag, 19.30—22.45 Abonn.-Vorst. E 21 **Der Reutel Schwester Angelica Gianni Schicchi**

Mittwoch, 20.15—23 Abonn.-Vorst. F 21 **Die Zauberflöte**

Donnerstag, 20.15—22.30 Abonn.-Vorst. D 22 **Madame Sans-Gêne**

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22 **Juwelenraub in der Kärntnerstraße**

THALIATHEATER

Täglich 20.15—22.15 Kurz

Ab Sonnabend täglich **Das öffentliche Ärgernis**

Ziehung 20.—23. Juni **Volkswohl-Lotterie** 4159^A Gewinne u. Pr. = Rm.

430000 150000 100000 75000 50000

Einzelnos 3 Rm. Doppel- 2 Rm. Porto u. Liste 30 Pf. extra empfiehlt u. versendet auch gegen Briefmarken und Nachnahme **Emil Stiller** Bankgeschäft HAMBURG 5, Hohelucht 39 Postscheck 20086

Gesellschaftshaus Silesia, Neuderfstr. 54

Heute Dienstag **Verkehrter Ball**

Herren 75 Pf. :: Damen 25 Pf.

WAPPENHOF

Heute Dienstag: 4.30 Uhr **Premiere** 8.30 Uhr des neuen Juni-Programms: R. und H. Brixius, Equilibristik-Akrobatik-Akt, Maria Ernna die gefeierte Sängerin, Adolf Harley in seinem Solorepertoire, Bella Rudolf u. Partner, Wunder der Gymnastik, d. Triumph d. Trainings, Egon Walkow-Ballett des Riesenerfolges wegen prolongiert, „Kasernenluft" Militärburleske mit Fritz Heller u. Adolf Harley, 2 Pubbys, Theater kleiner Menschen, Egon Walkow-Ballett, „Nach dem Fasching" Tanzpantomime v. Egon Walkow 4 Bauers, die Meister der Blasinstrumente, des großen Erfolges wegen prolongiert. Ab 8 Uhr: 2 Kapellen Großer Ball 2 Kapellen. Ab 8.30 Uhr: Das ungekürzte Varieté-Programm. Eintritt nachm. 30 Pf., abends 50 Pf.

Die „Frauenwelt" den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 35 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Eigenheim Eichborngarten E. G. m. b. H. Breslau

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Vermögen

1. Gebäude	16 127 553,12		
bish. Abschreibung	64 073,89		
1930 „	80 000,00	144 073,89	15 983 479,23
2. Unbebaute Grundstücke			497 688,87
3. Lager			50 697,80
4. Außenstände			394 343,06
5. Inventar			1,00
6. Hinterlegungen			101 901,05
7. Akzepte			907,90
8. Banken			40 152,95
9. Postscheck			7 018,84
10. Kasse			625,24
			17 076 815,94

Schulden

1. Geschäftsanteile der Genossen		52 174,76
2. Darlehen der Genossen u. Mieter	137 135,92	
Grundschuldung „	787 299,67	924 274,59
3. Hypotheken		15 409 297,76
4. Gebäude-Restkaufgelder		100,00
5. Banken		280 671,00
6. Konto-Korrent		78 246,63
7. Rücklagen u. transitorische Posten		339 750,84
8. Gewinn		2 210,38
		17 076 815,94

Breslau, den 9. Mai 1931

Der Vorstand

Matschenzky, R. Geisler, Sucharowski, Winter

Vorstehende Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung befunden

Der Rechnungs-Prüfungs-Ausschuß

Fiebach, Markuske, Zbergin, Wiehemann, Thomas

Der Aufsichtsrat

Bienwald, Piechs, Markuske, Zbergin, Wiehemann, Neumann, Fiebach, Thomas, Wolff, Weiß, Schöpach, E. Callenberg, H. Wiehemann

Vorschlag zur Verteilung des Reingewinnes:

1. Gesetzliche Rücklage 10%, RM. 220,03
2. Bauergänzungs- und Erneuerungsrücklage „ 1980,33 } RM. 2200,36

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Jan. 1930 1027 Mitglieder mit 1029 Gesch.-Ant.
Zugang im Berichtsjahre 154 „ „ 154 „
zusammen 1181 Mitglieder mit 1183 Gesch.-Ant.

Abgang:

Durch Kündigung 107
„ Uebertrag 11
„ Tod 4 122 Mitgl. mit 122 Gesch.-Ant.

Mithin Bestand am 31.12.30 1059 Mitgl. mit 1061 Gesch.-Ant.

Die Haftsumme betrug

zu Beginn des Berichtsjahres RM. 354 900,00
zum Schlusse des Berichtsjahres „ 318 300,00
ist bei Kündigung verminderte um RM. 36 600,00

EINFÜHRUNG IN DIE AMATEUR-KINEMATOGRAPHI[illegible]

Vortrag von Dr. GERD BRIESE, Berlin, Mittwoch, d[illegible] 17. Juni 1931, abends 8 Uhr, im Saale der Hermann-Lo[illegible]

Zur Vorführung gelangen:

Familien-, Kinder-, Kultur-, Schul-, Spo[illegible] und Reise-Filme :: Anschließend mit de[illegible] Kurbelkasten durch Breslau u. Umgebu[illegible] Während der Vorführung auserlese[illegible] Schallplattenbegleitung durch das Musi[illegible] haus HÖHNE, Graupenstraß[illegible]

Eintrittskarten kostenlos nur in dem Spezial-Photo- u. Kinoha[illegible] FISCHER & COMP., BRESLAU 1, Alte Taschenstraße 2[illegible]

August Bebe[illegible]

schrieb das Vorwort für

Adelheid Popp

Jugendgeschichte einer Arbeiter[illegible]

broschiert Mk. 1[illegible] gebunden Mk. 2[illegible]

Zu haben bei den

Volkswacht-Buchhandlungen

Breslau Neue Graupenstr. 5 Flurstr. 4

Schenke zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit **billige und gute Bücher**

VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN

Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4

Das Schiffsunglück bei St. Nazaire

Über fünfhundert Todesopfer, darunter 32 Arbeiter aus Oesterreich
Beileidskundgebung der SPD. – Profitgier der Reederei als Ursache?

Ueber den Untergang des Dampfers „St. Philbert" aus St. Nazaire noch ergänzend berichtet: Der Dampfer, ein 1923 gebautes, 189 Tonnen großes Schiff von 32 Meter Länge, war mit 467 Ausflüglern, die meistlich Mitglieder einer Arbeiter-Genossenschaft waren, Morgens ausgelaufen. Er erreichte das Ziel des Ausflugs in Höhe von Noirmoutier auf der vorgelagerten Insel Chataigner gegen 16 Uhr. Als das Schiff die Rückfahrt antrat, war Sturm eingetreten und das Meer stark bewegt.

Auf dem Landweg sollen nicht, wie man ursprünglich glaubte, 100 bis 150 Personen zurückgekehrt sein, sondern 20 bis 50. Da lediglich 8 Personen gerettet worden sind, dürfte sich die Zahl der Opfer auf über 400 belaufen. Der Kapitän eines Lotsenschiffes, das auf der Höhe von St. Nazaire kreuzte, eilte an die Unfallstelle, sobald er von dem Untergang Kenntnis erhalten hatte. Das erste Rettungsboot des Lotsenschiffes wurde aber beim Verlassen von den Wellen weggerissen. Erst mit Hilfe eines zweiten Bootes konnten sieben der Schiffbrüchigen aufgenommen werden. Bei Einbruch der Nacht waren weitere Bemühungen unmöglich.

Nach einer neueren Meldung sind 69 Leichen geborgen worden. Die Identifizierung bereitet große Schwierigkeiten. Da viele Kinder die Fahrt mitmachten, jedoch keine Fahrscheine benötigten, also auch nicht offiziell registriert worden sind, befürchtet man, daß die Zahl der Opfer größer ist, als man bisher annahm. Sämtliche im Hafen von St. Nazaire verfügbaren Fahrzeuge sind für die Bergungsarbeiten, die unermüdlich fortgesetzt werden, aufgeboten worden. Schwer getroffen ist der Vorstand der Arbeiter-Genossenschaft von Nantes, dessen Mitglieder fast vollzählig an dem Ausflug teilgenommen haben. Auch die Besatzung des Dampfers ist ertrunken. Der Minister für Handelsmarine ist am Montag nach Nantes abgereist, um die Untersuchung persönlich einzuleiten.

* * *

Die am Montag früh nach dem Schauplatz der furchtbaren Schiffskatastrophe entsandten Dampfer sind nach dem neuesten Bericht kurz vor Redaktionsschluß im Laufe des Abends nach St. Nazaire zurückgekehrt. Sie haben 65 Leichen geborgen, die infolge des heftigen Wellenganges ohne Kleidungsstücke waren, so daß ihre Identität sehr schwer festzustellen sein wird.

In St. Nazaire sind die Fahnen auf Halbmast gehißt. Eine große Menschenmenge erwartet die Dampfer. Ein Güterschuppen ist zu einer Totenkapelle ausgeschmückt, in der die Leichen aufgebahrt wurden. Die Leichen sind mit Zetteln versehen, auf denen andere körperliche Kennzeichen zur leichteren Identifizierung verzeichnet sind. Vorläufig konnten **erst die Namen von vier Toten** festgestellt werden. Die Suche nach den anderen Leichen wird am Montag durch Marineflugzeuge und Bergungsdampfer fortgesetzt.

* * *

Neuerdings hat sich herausgestellt, daß **nur 27 Personen mit Auto** von der Insel zurückgekehrt sind. Die genaue Zahl der Passagiere wird von der Schiffahrtsgesellschaft mit 440 angegeben. Außerdem sollen sich aber noch mindestens **50 Säuglinge und etwa Kinder zwischen 4 und 7 Jahren**, die keine Fahrkarten zu brauchten, an Bord des Dampfers befunden haben. Danach soll sich die Zahl der Ertrunkenen auf über 500 belaufen. Von einer zehnköpfigen Familie, die sich an Bord des Unglücksschiffes befand, wurde niemand gerettet. Unter den Opfern befinden sich auch **32 österreichische Arbeiter** einer Fabrik aus Wien. Bei der Eröffnung des Zentralbüros der Arbeiterfahrtgenossenschaft waren von 35 Angestellten nur 2 zur Stelle. Die übrigen sind ertrunken.

Einen großen Teil der Schuld an dem Unglück trifft die Schiffahrtsgesellschaft, da der Dampfer nur für den Flußverkehr mit einer Höchstbelastung von 500 Personen zugelassen war.

Beileid der deutschen Arbeiterschaft

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie sandte der Sozialistische Partei Frankreichs folgendes Beileidstelegramm:

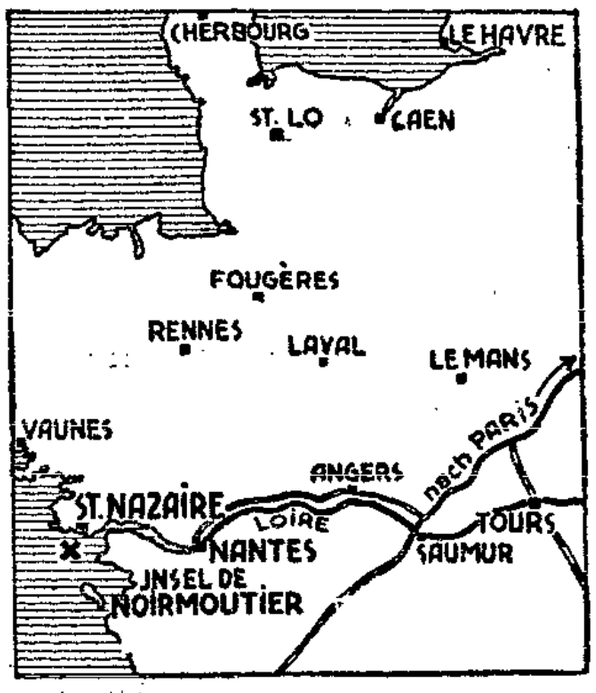
„Tief erschüttert von der Schiffskatastrophe vor der Loiremündung, die Hunderten von Arbeitern und Genossenschaftlern das Leben gekostet hat, sprechen wir schmerzerfüllt den Angehörigen der Opfer und den beteiligten Organisationen unser tiefstes Mitgefühl aus.

Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.
Wels. Crispien. Vogel."

und der Reichsregierung

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hat dem Außenminister Briand das Beileid der Reichsregierung zur Schiffskatastrophe von St. Nazaire zum Ausdruck gebracht.

Die Lage der Unglücksstelle



Schleppversuch mit „Nautilus" gescheitert

Der Versuch der amerikanischen Kreuzer „Wyoming" und „Arkansas", das Nordpol-Expeditions-Unterseeboot „Nautilus" in den Hafen zu schleppen, ist an dem hohen Seegang und an der Manövrierunfähigkeit des Unterseebootes gescheitert. Es soll nun versucht werden, das Unterseeboot durch einen Schleppdampfer möglicherweise bis Queenstown zu bringen. An Bord des „Nautilus" befindet sich alles wohl.

Proletarier-Schicksal

„Filmarbeit" eines Erwerbslosen
Frau, Kind und Wohnungseinrichtung verbrannt

Der arbeitslose Bronislaw Posiadly in Lodz versuchte seine vierköpfige Familie durch Verkauf selbstgefertigter Spielsachen durchzubringen. In letzter Zeit konnte Posiadly jedoch keine Abnehmer für seine mühselig hergestellten Spielsachen finden und verlegte sich daher auf den Aufkauf von verbrauchten Filmstreifen, schnitt diese in halbmeterlange Stücke und verkaufte diese an Straßenhändler, die die Filmstreifen als Spielzeug an Kinder weiterverkauften.

Er arbeitete in der überfüllten Proletarierwohnung meist des Nachts. Als er sich nun am frühen Morgen zur Vertreibung des Schlafes eine Zigarette anzündete, fingen die angehäuften geschnittenen Filmstreifen Feuer; im Augenblick stand die ganze Wohnung in Flammen. Die Frau des Posiadly und dessen sechsjähriges Töchterchen erlitten dabei so schwere Brandwunden, daß sie beide kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus verstarben. P. selbst hat bei dem Versuch, seine Angehörigen aus den Betten zu retten, Brandwunden im Gesicht und am Kopfe erlitten. Seine Wohnungseinrichtung ist fast vollständig verbrannt; der Schaden wird auf 3000 Zloty eingeschätzt.

Juwelenmarder gefaßt

In Galatz in Rumänien wurde ein gewisser Mordehai Fridenberg als Führer einer Bande verhaftet, der es vor wenigen Tagen gelungen war, durch zwei als elegante Kundinnen auftretende Komplizinnen aus dem vornehmsten Bukarester Juweliergeschäft Resch **Brillanten** im Werte von mehreren Millionen Lei **zu rauben.**

Bei Fridenberg, der ein volles Geständnis ablegte, fand man 300 kostbare Edelsteine als Beute seiner Raubzüge in verschiedenen Städten Europas. Fridenberg wollte versuchen, von Galatz aus die Türkei zu erreichen.

Unwetter über England

England ist am Sonntag von einem heftigen Sturm heimgesucht worden. Hunderte von Häusern im Bezirk von Birmingham wurden beschädigt. Eine Frau wurde getötet und mindestens zehn Personen schwer verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Im ganzen Lande herrschten heftige Gewitterstürme, die an vielen Stellen von außerordentlich starken Hagelschauern begleitet waren. Mehrmals schlug der Blitz ein, der auch einen Todesfall verursachte.

Große Ueberschwemmungen verursachten ebenfalls viel Schaden. Die London—Liverpool-Expreßzüge mußten wegen Ueberschwemmung der Hauptlinie und der Tunnels umgeleitet werden. Aus Deal wird gemeldet, daß mehrere französische Fischer auf der Höhe von Deal vermißt werden.

Schiffszusammenstoß bei Vlissingen

Nach Meldungen aus Vlissingen ist beim Leuchtschiff Noordhinder infolge dichten Nebels der griechische Dampfer „Urania" mit dem norwegischen Dampfer „Beauford" zusammengestoßen. Die „Urania" sank innerhalb kurzer Zeit, ihre Bemannung konnte von der „Beauford", die stark beschädigt wurde, aber die Weiterreise nach Rotterdam antrat, an Bord genommen werden.

Ein Bataillon mit Käse vergiftet

Ein Bukarester Bataillon Gendarmerie, das sich in der Nähe der Hauptstadt auf einem Felddienstmarsch befand, erkrankte an schweren Vergiftungserscheinungen. Der Zustand von über 200 Gendarmen war so bedenklich, daß sie sofort in die Kaserne geschafft werden mußten. Die Untersuchung der Massenerkrankungen ergab, daß vergifteter Käse die Ursache war.

Familientragödie

In Steinmoliken (Tschechoslowakei) lebten Herr J. Vodrazka und Frau Kriklanov-Vacek in gemeinsamem Haushalte. Die Kinder der V. sahen dies nicht gerne, deshalb waren Streitigkeiten an der Tagesordnung, die nun ihren Abschluß in einer Tragödie fanden. Vodrazka erschoß die Vacek und verletzte deren Sohn Josef schwer durch einen weiteren Schuß. Den letzten Schuß gab er gegen sich selbst ab. Seine Verletzungen sind schwer.

Wie die Jungfrau von Orleans
wollte sie sterben

Die großen Feierlichkeiten anläßlich des fünfhundertsten Todestages Johanna d'Arcs, der Jungfrau von Orleans, in Frankreich brachten die dreiundsechzigjährige Johanna Berri in Cabanec auf den Gedanken, **ebenfalls auf dem Scheiterhaufen zu sterben.** Sie behauptete, sie sei dazu ausersehen, das Vaterland nochmals zu retten. Diese fixe Idee wurde schließlich so stark in der Frau, daß sie sich in den Wald begab und dort aus Zweigen, Blättern und Holzstücken **einen** regelrechten **Scheiterhaufen errichtete.**

Als aber das Feuer emporflammte, packte sie die Angst. Sie flüchtete nach Hause. Der Wind jedoch trug das Feuer weiter und bald stand der ganze Wald in Flammen. Gegen Johanna Berri wurde daher ein Strafverfahren eingeleitet. Die Gerichtsärzte erklärten sie aber für geisteskrank.

Bäuerin und Magd

Ländliches Sittenbild und Klassenjustiz in Steiermark

Im April 1931 hat sich in Alt-Fisching in der Steiermark, wie wir schon berichteten, folgender geradezu mittelalterlicher Vorfall ereignet: Ein Bauer namens Thomas Magnes hatte mit seiner Magd ein Liebesverhältnis. Die Frau des Bauern erfuhr davon und stellte racheschnaubend den Mann zur Rede; der biedere Aelpler gab sofort die Geliebte preis; ja noch mehr, er war bereit, sie seiner Gattin in die Hände zu spielen, damit sie Rache — nicht an ihm, sondern an der siebzehnjährigen Magd Cäcilie B. nehmen könne. Diese hatte vor einiger Zeit den Hof verlassen und war bei einem anderen Bauern in Dienst getreten; Magnes bestellte sie nun zu einem Rendezvous, seine Frau legte sich in den Hinterhalt. Ahnungslos kam das Mädchen; der Bauer umarmte sie, hielt sie mit starken Armen fest und bedeutete seiner Frau, daß sie beginnen könne. Wie eine Furie fiel das Weibsbild über die Wehrlose her; sie, ihr Mann und ihre Schwester zogen der Magd den Rock über den Kopf, schlugen auf sie los, schleuderten sie zu Boden, trampelten auf ihrem Körper herum. Dann brachte die Schwester der Bäuerin, Josefa Hübler, **heißes Pech** herbei, der Bauer spreizte die Beine der Magd auseinander, und seine Gattin schmierte das heiße **Pech in den Geschlechtsteil der Gemarterten.** Cäcilie B. wurde vor Schmerzen bewußtlos; die Peiniger schleiften sie hierauf in einen Bach und **tauchten sie in das kalte Wasser** bis sie wieder zum Bewußtsein ihrer Qualen erwachte. Dann wurde die Folterung fortgesetzt — lachend sahen einige biedere Landbewohner dem Schauspiel zu.

Tags darauf wurden die Eheleute Magnes verhaftet. Die Frau erklärte, sie habe das alles nur getan, **um der Magd den Teufel der Unzucht „auszutreiben".** Sie scheint damit die richtige Form der Verteidigung für steiermärkische Schöffen gefunden zu haben; denn der Leobener Schöffensenat, der nun über den Fall zu Gericht saß hat **den Angeklagten kein Haar gekrümmt.** Er hat den Mann zu zwei Monaten, die Frau zu vier Wochen und die Schwester der Frau zu 48 Stunden strengen Arrestes verurteilt; aber allen Bewährungsfristen zugestanden, so daß diese Bestien unbehelligt heimkehren und sich ihrer Rache freuen können. Zur Begründung für dieses Klassenurteil wird angeführt, daß die Cäcilie, als Zeugin vernommen, **ihre Peiniger entlastet** und erklärt hat, es sei ihr schon recht geschehen, sie habe die Schläge verdient. Die Ursache dieser merkwürdigen Aussage bedarf wohl noch einer eingehenden Aufklärung.

* * *

Im Mittelalter hat man Hexen verbrannt, warum soll man es dort, wo das Mittelalter dem zwanzigsten Jahrhundert standgehalten hat, in der grünen Steiermark biederen Bauersleuten auszutreiben? Altes Brauchtum soll gepflegt werden; wenn es der Magd nicht paßt, soll sie in den Sündenpfuhl einer großen Stadt übersiedeln; in den stillen Tälern, in denen man noch an den Teufel glaubt und nicht von Humanitätsduseleien angekränkelt ist, findet man es fast in der Ordnung, daß sie gefoltert wurde. Die Zuschauer haben gelacht — und der Gerichtshof hat mild gelächelt. Und Steiermark liegt in Europa.

Für kommenden Massenmord

In Akron (Ohio) wird das derzeit größte Luftschiff der Welt, der amerikanische Marineluftkreuzer „Akron", fertiggestellt. Es

Sügd auf Frauenärztinnen

Die bekannte Wiesbadener Frauenärztin Dr. Irmgard Heller wurde von der Staatsanwaltschaft unter der Beschuldigung in Haft genommen, sich in einer Anzahl von Fällen gegen den § 218 vergangen zu haben. Die Verhaftung steht, nach der Meldung des „Soz. Pressedienstes", im Zusammenhang mit der gleichen Beschuldigung gegen eine andere Wiesbadener Frauenärztin namens Dr. Charlotte Wehmer, die kurze Zeit nach der Affäre Dr. Wolff-Dienle in Haft genommen wurde, deren

Roter Tag in Brieg

Abschluß-Kundgebung und Gauversammlung der Jungsozialisten

Am Sonntag war, im Gegensatz zu dem kurz vorher mit großem Pomp aufgemachten Garnisonseinmarsch das Städtchen Brieg **von der Arbeiterschaft beherrscht**; die schlesischen Jungsozialisten veranstalteten gemeinsam mit den Brieger Arbeiterorganisationen ihren **Roten Tag**. Nach einer Begrüßungsfeier im „Deutschen Haus" mit Ansprachen und Darbietungen der „Juso"-Gruppe Breslau, der Brieger Musikgruppe und des Sprech-Bewegungschors Brieg, formierte sich nachmittags ein imposanter **Demonstrationszug** zu einem Aufmarsch auf dem Ring, wo nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Däumlich vom ADGB. Brieg, Genosse Professor Marck-Breslau eine Ansprache hielt und zum Widerstand gegen die reaktionären Maßnahmen der Notverordnung aufrief. Anschließend fand die letzte **Gauversammlung der schlesischen Jungsozialisten** statt. Einleitend referierte Genosse Marck und betonte, daß die Jugendfrage auf dem Leipziger Parteitag nicht gelöst wurde. Die jungsozialistische Organisation ist tot, aber der Jungsozialismus lebt. Eine Verjüngung unserer Partei ist notwendig. Daß in diesem Sinne weiter gearbeitet werden soll, war die Meinung aller Diskussionsredner. Wir werden über diese Versammlung ausführlich im „Jungen Kämpfer" berichten.

Gegen Abend verabschiedeten sich die Breslauer von den Brieger Genossen. Auf der Fahrt durch Ohlau gab es sozusagen ein Beispiel von „Rationalisierung im Klassenkampf". 45 Minuten Aufenthalt waren voll von Ereignissen. Demonstrationen mit der Ohlauer Arbeiterschaft, Anpöbelungen von Nazijungen und Kundgebung auf dem Ringe. Genosse Schuler rechnete hier in kurzer Ansprache in scharfen Worten mit den Naziprovokateuren ab. Nach einem „Hoch" auf die befreiende internationale Revolution ging es heimwärts nach Breslau.

Deutsche Helden vor Gericht

Aus der Geisteswüste naziotischer Wanderbonzen

Die geschmacklose Kampfesweise der Nazis gegen Sozialdemokraten zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Liegnitzer Schöffengericht gegen den bekannten Naziwanderredner Josef Heukeshoven, zurzeit Bezirksleiter der DSDAP. in Breslau.

Er war am 28. Juli 1930 in Jauer in einer Naziversammlung aufgetreten und hatte hier den sozialdemokratischen Landrat des Kreises Nimptsch, Genossen Seibold, öffentlich beleidigt und verleumdet, indem er seinen Namen mit höhnischer Geste in „Saubold" verdrehte und von ihm behauptete, er habe 50 000 Mark in aussichtslosen Prozessen verpulvert. Anstatt zu seinen Worten zu stehen, bestritt dieser arische Held, an jenem Abend in Jauer aufgetreten zu sein. Dies wurde jedoch durch Polizeibeamte, die ihn an jenem Abend kontrolliert und an einem amtlichen Ausweis mit Lichtbild identifiziert hatten, bestätigt. Am Tag zuvor hatte er in Sprottau Seibold in gleicher Weise beleidigt und deshalb vom Saganer Schöffengericht schon 90 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis erhalten. Wegen der Jauerschen Vorfälle beantragte der Staatsanwalt 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte nur auf 60 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis des Genossen Seibold.

Beisetzung der Kohlendorfer Gruben-Opfer

Neurode stand am Sonntag im Zeichen der Trauer um die bei dem Unglück auf der Rubengrube ums Leben gekommenen sieben Bergleute. Tausende bildeten auf dem Wege vom Knappschaftslazarett zu dem auf einem Berge gelegenen Friedhof Spalier. Nach einem Requiem in der Kapelle wurden zunächst die vier Neurober Knappen beigesetzt. Von einer Veranda des Lazaretts aus nahmen die vier gereiteten Bergleute Abschied von ihren Kameraden. An dem Trauerzug beteiligten sich fast 2000 Personen; außer zahlreichen Bergknappen auch die Organisationen und Behördenvertreter.

Im Anschluß an diese Trauerfeier wurden die drei anderen Bergknappen nach ihrem Heimatort Kunzendorf überführt und dort beigesetzt.

Noch ein Todesurteil

Ist hier ein Irrtum ausgeschlossen?

Unter großem Andrange des Publikums wurde vor dem Schwurgericht Brieg gegen den 22 Jahre alten Müllergesellen Alfred Domogalla aus Bad Dirsdorf, der bekanntlich am 25. Oktober 1930 seine Geliebte, die 20jährige Margarete Rieger aus Strehlen in Thiergarten bei Ohlau mit einer Schnur erdrosselt und in das Wehr der Oder geworfen hatte, verhandelt. Domogalla wurde damals sofort verhaftet, mußte aber, da man ihm die Tat nicht nachweisen konnte, wieder entlassen werden. Als am 2. Dezember die Leiche der Rieger gefunden wurde, wurde D. abermals verhaftet. Nun gab er die Tat zu und schilderte alle ihre Einzelheiten. Bei der Verhandlung widerrief er nun sämtliche früheren Geständnisse. Von den Eltern, Amts- und Lehrpersonen wurde D. ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das Sachverständigengutachten fiel sehr vorsichtig aus, da die Leiche bereits mehrere Wochen im Wasser gelegen hatte. Ziemlich bestimmt sei, daß der Tod durch Erdrosselung erfolgt ist. Selbstmord sei theoretisch nicht ausgeschlossen, doch praktisch in einer solchen Form noch nicht vorgekommen. Es käme denn nur gewaltsame Tötung in Frage. Nach längerer Beratung wurde am Sonnabend gegen 12 Uhr das Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Mordes **zum Tode verurteilt**. Der Angeklagte und seine anwesenden Angehörigen nahmen den Urteilsspruch sehr gefaßt entgegen.

* * *

Obwohl nach menschlichem Ermessen angenommen werden kann, daß D. seine Geliebte erdrosselte, erweckt das Todesurteil hier doch größte Bedenken. Abgesehen von der — immerhin theoretisch nicht ausgeschlossenen — Möglichkeit eines Freitodes der Rieger, scheint die zur Kennzeichnung des Mordes im strafrechtlichen Sinne notwendige Ueberlegung keinesfalls genügend erwiesen.

Kommunistische Journalistik

Vor dem Schöffengericht in Oppeln hatte sich dieser Tage der Schriftleiter und verantwortliche Redakteur des inzwischen längst eingestellten kommunistischen „Oberschlesischen Kurier", Hirsch, wegen Beleidigung zu verantworten. Obwohl die „Oberschlesische Kurier" ein kommunistisches Blatt war, und sich „politische" Redakteure nannte, lebte er doch — wie viele andere Kostgänger in Schlesien — hauptsächlich nur von fleißigen Gnadenlohn. Im Januar 1931 schrieb dieses Blatt, daß der Studienrat D. vom Oppelner Gymnasium seine Schüler mit lernfremden politischen Reden belästige. Schon am Morgen, wenn die Schüler zu dem Unterricht kommen, soll der Lehrer den Schülern u. a. gesagt haben: „Ihr seid so müde, weil ihr soviel Geist" schriebt. Der Lehrer hat aber wie die Nachforschungen ergaben, keinerlei [illegible] Arbeiten gegeben. Wenn [illegible] geschrieben, da werdet ihr nicht verletzt." Das kommunistische Skandalblatt hat mit dem ihm eigenen Instinkt hinter diesen Worten selbstverständlich etwas gewittert und, um lüsterne Spießer zu befriedigen, aus einer an sich harmlosen Aeußerung dem Lehrer einen Strick zu drehen versucht.

Wie üblich hatte die „verantwortliche" Redaktion dieses Blättchens für ihre Behauptungen keinerlei Beweise. Warum denn auch? Bisher ist ja die Skandalpresse der Meinung gewesen, daß gegen sie sowieso nicht gerichtlich eingeschritten wird, weil niemand gern in Schmutz mit Berührung kommt. Herr Girndt kam jedoch einmal an den Unrechten. Das Gericht verurteilte den verantwortlichen Leimsieder wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung zu 40 Mark Geldstrafe.

Schmuggler springt in den Tod

Am Sonnabend morgen fand ein Zollbeamter auf den Schienen der Bahnstrecke Beuthen—Orzegow eine männliche Leiche, die als diejenige des 25jährigen polnischen Warenschmugglers Max Pniok aus Siemianowitz erkannt wurde. Wie festgestellt wurde, ist P. während der Fahrt am Abend vorher auf einen fahrenden Personenzug aufgesprungen und war über die Wagendächer geflüchtet, als er sich von polnischen Zollbeamten bemerkt sah. Beim Abspringen während der Fahrt muß er dann tödlich verunglückt sein.

Groß-Mohnau. Im Straßengraben gelandet. Beim Ausweichen geriet hier ein Breslauer Lastwagen in den Straßengraben. Der Führer erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf. Nach anstrengender Arbeit konnte der Wagen wieder auf die Straße gebracht werden und seine Fahrt fortsetzen.

Nimptsch. Der Kreis treibt Bodenpolitik. Das im Jahre 1929 durch die Bluttat seines letzten Besitzers, Herrn von Goldfus, zu trauriger Berühmtheit gelangte Rittergut Kittlau wurde gestern hier öffentlich versteigert. Der 416 Hektar große Besitz wurde vom Kreiskommunalverband Nimptsch für 293 000 Mark erworben. Außer diesem Gebot hatte nur noch eines von privater Seite vorgelegen. Der Jahrhunderte alte Besitz wird nun der Aufteilung zu Siedlungszwecken anheimfallen.

Königszelt. Verhütetes Unglück. Ein in Richtung Schweidnitz fahrender Personenzug hatte am Sonntag einen Kolbenstrangenbruch. Im weiten Umkreis flogen Steine und Schwellen umher, ein Teil der gebrochenen Kolbenstange hatte sich tief in das Erdreich eingebohrt. Das aufmerksame Lokomotivpersonal konnte jedoch den Zug mit aller Energie rechtzeitig zum Halten bringen. Die beschädigte Bahnstrecke ist bei Langsamfahren passierbar.

Langenbielau. Von der Wäscherolle getötet. In der Rollkammer seiner Eltern trat der 7jährige Sohn des Arbeiters B. in einem unbewachten Moment zwischen Wand und Wäscherolle. Von der sich zurückschiebenden Rolle wurde er die Wand gequetscht, daß er schwere Verletzungen erlitt und darauf im Krankenhaus verstarb.

Bad Salzbrunn. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Maschinenbauanstalt Silesia sprang beim Nieten Schlosserlehrling Hildebrandt ein Stahlsplitter in das Auge, welches auslief, da der Splitter die Hornhaut schnitten hatte.

Liebau. Auto verbrennt auf der Straße. Auf der Fahrt von Liebau nach Blasdorf explodierte das Auto des Hoffmann aus Blasdorf. Aus dem Motorgehäuse schoß eine Stichflamme und in wenigen Sekunden stand der Wagen in Flammen. Hoffmann und sein Chauffeur, der den Wagen gesteuert hatte, konnten sich nur im letzten Augenblick durch Abspringen retten.

Neustadt OS. Hindenburg gratuliert. Der Ehrenpräsident von Hindenburg hat die ihm angetragene Ehrenkönigswürde der Schützengesellschaft Neustadt, wie Schlesischer Sonderdienst berichtet, durch ein Schreiben mit Dank angenommen und dem Schützen, Justizoberinspektor Göbel, für den Reichspräsidenten schoß, zu seinem guten Schuß gratuliert.

Königshütte. Arbeitslosendemonstration. Am Sonnabend sammelten sich die Königshütter Arbeitslosen zur Stempel-Kontrolle am Pferdemarktplatz und zogen in einem Zug durch die ulica Katowicka nach dem Rathaus. Unterwegs erscholl der Rufe laut: **„Wir wollen Brot und Arbeit,** Erhöhung der Unterstützung" u. a. mehr. Polizei versuchte die Demonstranten zu zerstreuen und nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Inhaftierten wurden wieder nach einigen Stunden in Freiheit gesetzt.

Altdeich. Polizist wird auf der Straße wahnsinnig. Der nach längerem Nervenleiden aus einer Anstalt entlassene Polizeiwachtmeister Valentin Marzoll wurde plötzlich auf offener Straße von einem Wahnsinnsanfall befallen. Er gab auf harmlose Straßenpassanten Schüsse ab und zerschnitt, nachdem er sich die Kleider halb vom Leibe gerissen hatte, dem Gastwirt, ihm unter Vorhalten des Revolvers Getränke abfolgen. Schließlich gelang es der Polizei, ihn zu überwältigen.

Kattowitz. Die Paßmauern werden aufgegeben. In Warschau hat man entdeckt, daß Polen die niedrigsten Paßgebühren hat. Der normale Paß eines polnischen Untertanen für 6 Monate kostet für die einmalige Reise 100 Zloty. Nun sollen die Pässe auf 150 Zloty erhöht werden, wohlgemacht mit einer enorme Gültigkeitsdauer von 6 Monaten.

Bielitz. Revolte im Gefängnis. Im Gefängnis des Bielitzer Burggerichts brach eine Revolte aus, die einige verschiedener schwerer Vergehen in Haft Befindlicher verursachte, indem er die Scheiben seiner Zelle einschlug und die Einrichtung völlig zertrümmerte. Sein Vorgehen fand bei anderen Gefängnisinsassen Nachahmung. Da die Gefängniswache des Aufruhrs Herr werden konnte, mußte eine Polizeiabteilung zu Hilfe gerufen werden.

Wohlfahrtspflege im Königreich Jäschkow

Im Gebietsbereich des Herrn von Oelssen hat man von den Verpflichtungen der Gemeinden auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung eine ganz besondere Meinung. So beschloß der **Fürsorgeausschuß der Gemeinde Jäschkowitz** dieser Tage folgenden Bescheid an eine unterstützungsbedürftige alte Frau:

> Der Fürsorgeausschuß beschloß in der heutigen Sitzung, Ihre monatliche Wohlfahrtsunterstützung auf die Hälfte, also 5 Mark pro Monat herabzusetzen. Sie erhalten ab 1. Juni 1931 5 Mark. Die am 5. Juni 1931 übergezahlten 5 Mark haben für den Monat Juli zu gelten.
>
> **Der Gemeindevorsteher.**
> gez. Göldner.

Die Antragstellerin auf Unterstützung ist **77 Jahre alt**, zahlt pro Vierteljahr 15 Mark Miete, die von der Gemeinde übernommen wird. Von 5 Mark monatlich soll die Frau nun leben bezw. noch etwas dazu verdienen. Wie wäre es, wenn der Herr Gemeindevorsteher Göldner ihr das einmal vormachen würde.

Für die Arbeiterschaft ist dieser Fall wieder einmal ein Schulbeispiel, wie es aussieht, wenn in den Gemeindestuben im naziotischen Geist regiert wird.

Die Familienhilfe bei der AOK. Breslau-Land

Die letzte Sitzung des Ausschusses der AOK. Breslau-Land beschloß neue Satzungen. Entgegen dem ursprünglichen Entwurf wurden erhebliche Verbesserungen eingeführt, so Erhöhung der Zuschüsse für kleine und große Heilmittel, Erweiterung des Kreises der Familienangehörigen und vor allem eine erhebliche Verbesserung der Familienfürsorge. In dem Entwurf war vorgesehen, daß die Familienangehörigen die Hälfte der ärztlichen Fahrkosten zu bezahlen hätten, was besonders für die Erwerbslosen eine unerträgliche Belastung bedeutet hätte. Die Sozialdemokraten beantragten hierauf, mit Hinweis auf die außerordentlichen gesundheitlichen Schäden, die durch diese Maßnahme hervorgerufen würden, Streichung dieser Bestimmung. Von seiten der Kassenverwaltung und der Arbeitgeber wurde dem widersprochen, da die Aerzte mit den Kilometergeldgebühren durch unnötige Besuche usw. die Kasse derart in Anspruch nehmen, daß diese Maßnahme sozusagen als Notbremse notwendig sei.

Die Kassenverwaltung belegte diese Behauptung mit Zahlen. Schließlich wurde auf sozialdemokratische Anregung einstimmig beschlossen: Beitragserhöhungen müssen im Interesse sowohl der stark belasteten Arbeitgeber und der Arbeitnehmer unbedingt vermieden werden. Andererseits muß den Versicherten aber ausreichende Hilfe gewährt werden. Deshalb wird beschlossen, den Aerzten in Zukunft bei der Familienbehandlung als Entschädigung für die Fahrkosten ein Drittel weniger als bisher zu zahlen." So konnte nun ohne Mehrbelastung des Kassenetats beschlossen werden, in Zukunft den Familienangehörigen von Erwerbslosen und solchen Mitgliedern, deren Nettoverdienst unter 30 Mark die Woche liegt, keine Zuzahlung zu den Arztkosten auferlegen. Dies liegt auch im Interesse der Kassenfinanzen, da dadurch Kosten für nicht einklagbare Forderungen vermieden werden.

Im Anschluß daran hielt der Ausschußvorsitzende, Genosse Dr. Korn, einen Vortrag über: „Die Belastung der Kassenfinanzen durch die Abtreibung als Folge des § 218." Es wurde dem Vorstand die Anregung mitgegeben, unentgeltlich Schwangerschaftsverhütungsmittel für arme, kränkliche oder erwerbslose Frauen mit großer Familie bereitzustellen. Weiter wurden verschiedene Anträge und Anregungen dem Vorstand überwiesen. [illegible] verwaltung und des Vorstandes von dem größten Teil der Ausschußmitglieder getragen sei.

Kanth. Gegen die Notverordnung. [illegible] Monatsversammlung am Sonnabend hielt Genosse K[illegible] einen lehrreichen Vortrag über „Not und Recht". In [illegible]licher Weise machte er mit den Bestimmungen der neuen [illegible] verordnung bekannt und gab anschließend Aufklärung [illegible] Abschluß von Kaufverträgen, Versicherungen, über [illegible] wicklung von Klagen u. a. m. In der Aussprache wurde [illegible]sächlich die Notverordnung unter die Lupe genommen. [illegible] Künzel wurde beauftragt, bei der Bezirksleitung die [illegible]mung der hiesigen Genossen betreffs der Notverordnung [illegible] tun. Wir fordern von unseren Genossen des Vorstandes, [illegible] Reichstagsfraktion, **endlich Schluß zu machen,** und [illegible] reaktionären Maßnahmen der Regierung Brüning mehr zu [illegible] Nachdem sich noch eine längere Aussprache über die Beh[illegible] der Wohlfahrtserwerbslosen abgewickelt hat, [illegible] Versammlung um 23 Uhr geschlossen.

Leipe-Petersdorf. Aus der Gemeindevertretung. Hier fand am Sonnabend eine Gemeindevertretersitzung [illegible] In den Schulvorstand wurde der Eisenbahnhilfsh[illegible] Fritz Czekalla gewählt. — Die Wiedereinführung der [illegible]nungs-Zwangswirtschaft wurde abgelehnt, d[illegible] Aussicht besteht, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde [illegible]kommen. Daraufhin beantragte der Gemeindevorsteher, [illegible] Beschluß zu fassen, den Zuzug arbeitsloser oder ausge[illegible] Fremder aus anderen Kreisen zu unterbinden. Die Sozi[illegible]kraten stimmten geschlossen dagegen. Trotzdem gelangte [illegible] trag zur Annahme, da ein Vertreter der SPD. in der [illegible] zu Beginn nicht anwesend war. Praktische Bedeutung [illegible] diesem Beschluß nicht zu, da er gegen den Verfassungsg[illegible] der Freizügigkeit verstößt. Bei der Beratung über [illegible]schaffung von Baugelände entspann sich eine längere [illegible] Die Bürgerlichen wehrten sich lebhaft und zeigten keinerl[illegible] ständnis dafür, diese große Wohnungsnot am Ort beseiti[illegible] helfen. Die Sozialdemokraten betonten, wie der Kr[illegible] hiesigen Gemeinde bezüglich der Finanzierung des Baup[illegible] entgegengekommen sei. Schließlich wurde mit sieben gegen [illegible] Stimmen Beschluß gefaßt einen Morgen Bauland zu [illegible] Unter „Verschiedenes" führte Herr Makowski Beschwerde [illegible] den Sohn unseres Gemeindevorstehers, der angeblich [illegible] gegnerischer Parteien herunterreiße. Genosse Sternitzke [illegible] legte dies in sachlicher Weise. Mit einigen politischen [illegible] vom leiten des Herrn Makowski, wurde die Sitzung [illegible] schlossen. Im Anschluß daran fand eine Fürsorgeausschußsitzung statt.

Sozialdemokratische Pa[illegible]

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer [illegible]
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. [illegible]

Tschirne. **Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost.** An Stelle [illegible] 10. Juni ausgefallenen Mitgliederversammlung findet ei[illegible] gliederversammlung am Mittwoch, den 17. Juni, 20,30 [illegible] Aßmann statt. Redner: Genosse Dr. Korn.

Meleschwitz. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 [illegible] Lokal von Langwitz, Mitgliederversammlung. Redner: [illegible] Dr. Korn.

Rausse. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr, im [illegible] von Zander, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Sch[illegible]

Eingesandt

Kirchengemeinde Herrnprotsch braucht einen [illegible] Kirchenteppich

Mitte der vorigen Woche ging ein dreizehnjähriger Schüler im Auftrag Herrn Pfarrers der Kirchengemeinde Herrnprotsch mit einem Zettel, Sammelliste genannten sollte, in Marschwitz von Haus zu Haus, um Geld zu sammeln, die zur Neuanschaffung eines Kirchenteppiches dienen sollten. Bei weiterem Sammeln, die der Schüler vornahm, ergab sich zufällig, daß [illegible] lichen Sammelgelder auf der Sammelliste nicht mehr die gezeichneten [illegible] aufwiesen. Der Schüler wird nun jetzt beschuldigt, daß die fehlenden [illegible] in seine eigene Tasche gewandert sein sollen.

Soweit uns bekannt, muß jede Sammlung polizeilich genehmigt [illegible] fragen hiermit: Darf ein Schüler zu Sammlungen überhaupt [illegible] werden? Was geschieht mit demjenigen, der den Schüler beauftragt [illegible] Sammlung vorgenommen? Haftet die Kirchengemeinde Herrnprotsch [illegible] Herr Pfarrer Kunzel auf Grund des Diebstahls eines Kontrolleurs [illegible] preußischen Regierung besondere Befugnisse in Bezug auf Sa[illegible] Was sagt hierzu die zuständige Aufsichtsbehörde?